Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 15533, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 8. April 1926 — Nummer 81

Das Urteil im Volksopfer-Prozeß

4 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust für Meißner
2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrenrechtsverlust für Löffler

Gestern morgen ½9 Uhr setzte der Gerichtshof seine Verhandlung fort. Der Staatsanwalt empfahl in seinem Plädoyer dem Gerichtshof, er möge den Syndikus Dr. Meißner zu 4 Jahren verurteilen, damit die bürgerliche „Ehre" vor dem „Volke" wieder hergestellt werde. Während die Staatsanwälte, wenn es gegen Arbeiter geht, rücksichtslose Verurteilung fordern, erklärte hier der Staatsanwalt mit einer billigen Geste, er „bedaure, daß das Gesetz für solche schamlose, frivole, verbrecherische Handlungsweise nicht Zuchthausstrafe, sondern nur eine Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis vorsehe". Derselbe **Staatsanwalt beantragt aber gegen den Verbrecher Meißner nur 4 Jahre Gefängnis.** In der über 12 Stunden ununterbrochen Verhandlung zeigt sich Meißner als ein glänzender Theatralier. Nachdem er dauernd irgend welche Pillen verschluckt, fällt er — wahrscheinlich wie ausgemacht — auf den Boden, läßt sich als tot Erscheinender aus dem Saal tragen, um später als „kranker Mann" gestützt wieder in den Saal zu kommen. Meißner läßt sich einen bequemen Stuhl geben und marschiert wieder ab und zu den Erschöpften, ohne seine gesunde Farbe zu verlieren. „Der Mann muß ins Sanatorium" — darum ging es dem Verbrecher Meißner. Und wenn es trotzdem zu einer Verurteilung im Sinne des milden Antrages des Staatsanwaltes gekommen ist, so nur zur Verschleierung dessen, daß außer Meißner ganz andere als **Hauptschuldige** auf die Anklagebank gehören, um so die erregten Gemüter der „Mitbürger" zu beruhigen.

Dem Gericht ging es um die Rettung des Ansehens der bürgerlichen Klasse.

Meißner selbst wird gewiß kurz oder lang in irgendein Sanatorium verschwinden, wenn nicht zuvor eine Berufungsinstanz zur gegebenen Zeit das Urteil als „Fehlurteil" erledigt. **Das Urteil ist ein charakteristisches Urteil der Klassenjustiz,** die eine „schamlose, frivole und verbrecherische Handlungsweise" — wie sich der Staatsanwalt ausdrückte — mit einigen Jahren Gefängnis verschleiert, während sie ehrliche, mit kreuzdummen Hirn kämpfende Proletarier lebenslänglich hinter Zuchthausmauern wirft oder über sie Todesurteile fällt. Nicht ein einziges Mal haben es weder Staatsanwalt noch Vorsitzender für nötig gefunden, auf die Enthüllungen der „Arbeiterstimme" einzugehen. Die Klassenjustiz ist froh, das Unvermeidliche aus dem Volksopferskandal erledigt zu haben.

Zu Beginn der Verhandlung erklärt der Hauptangeklagte Dr. Meißner, er habe niemals behauptet, mit Großadmiral von Tirpitz verhandelt zu haben oder ihn auch nur persönlich zu kennen, er sei lediglich mit dem Sachverwalter des Admirals, Rechtsanwalt Dr. Stendel, M. d. R., in „Verbindung" getreten!

Danach ergriff **Staatsanwalt Dr. Arndt** das Wort zur Anklage:

Weit über Dresden und Sachsen hinaus habe die Tat Erregung erregt, denn selten seien Gelder in so schamloser, frivoler, verbrecherischer Weise veruntreut und unterschlagen worden. Geschädigt seien die Armen, der Vorstand des Volksopfers und die Spender des Volksopfers. Die Hauptangeklagten gehörten zum „besseren" Gesellschaftskreisen an. Der St.-A. bezeichnet auch sofort das Wesen der „besseren", „höheren" Gesellschaftskreise, es seien keine idealen, sondern rein egoistische, eigennützige Motive, die bei den Hauptangeklagten Meißner und Löffler in Frage kämen. Der St.-A. erklärt, einwandfrei festgestellt sei ein Fehlbetrag von 125 000 Mark, von denen 94 000 Mark ungedeckt blieben. Die Eingänge des Volksopfers vom November 1923 bis zum April 1925 betrugen **284 000 Mark gegenüber nur 125 000** Mark, die zu wohltätigen Zwecken Verwendung fanden. Das gibt ein treffendes Bild von der Wohltätigkeitsheuchelei des Bürgertums. Der St.-A. geht darauf auf die einzelnen falschen Eintragungen, Nichtbuchungen, Bankabhebungen, Fehlen von Belegen, Vernichtung von Quittungen und die einzelnen Beträge, die aus den Geldern des **Volksopfers unterschlagen worden** sind, ein.

Der St.-A. versucht kampfhaft, die „hohe Persönlichkeit" — Großadmiral v. Tirpitz — als Phantasieprodukt Meißners hinzustellen. Der Staatsanwalt Dr. Arndt kommt dann zum Schluß dazu, zu beantragen für **Meißner als Hauptangeklagten vier Jahre Gefängnis und 5 Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte,** für **Löffler** der Beihilfe der Untreue und Unterschlagung und der Mittäterschaft schuldig zu **2 Jahren Gefängnis** und 3 Jahren **Ehrenrechtsverlust,** für **Gründel** wegen Beihilfe zur Untreue und Unterschlagung **18 Monate Gefängnis** und für die Angeklagte **Langguth** wegen leichter Urkundenfälschung 1 Monat Gefängnis, eventuell Geldstrafe und Bewährungsfrist.

Darauf folgen die **Plädoyers der Rechtsanwälte.**

Der Verteidiger Meißners, Rechtsanwalt Dr. **Güde,** spricht zwecks der Verteidigung seines Klienten zugleich als Ankläger gegen Löffler, wie der Rechtsanwalt Dr. **Fleischhauer** als Verteidiger Löfflers zugleich als Ankläger Meißners auftritt. Beide spielen eine Jagd nach dem Motto „Haltet den Dieb!" — Um seinen Klienten politisch zu halten, gesteht Dr. Güde, daß Meißner moralisch verkommen ist. Der Verteidiger versucht, die verrottete Moral Meißners auf sein Verhältnis mit dem **„nicht standesgemäßen" Stubenmädchen und der späteren „Privatsekretärin" Heblack zurückzuführen.** Das ist eine dreiste und unverschämte Methode, wie sie die Bourgeoisie stets Arbeitermädchen gegenüber betrieben! —

Der Rechtsanwalt Dr. Fleischhauer versucht seinen Klienten, den Hauptmann Löffler, zu rechtfertigen, indem er ihn als einen zum Gehorsam erzogenen aktiven Offizier bezeichnet und ongibt, dieser Offizier hätte pflichtbewußt alle Befehle des Vorgesetzten Meißner ohne Widerspruch solidarisch pariert. Meißner habe alles beherrscht und zur Untat beeinflußt.

Rechtsanwalt Dr. **Hippe** verteidigt eigentlich weniger seinen Klienten Gründel, als den Vorstand des Volksopfers, der seiner Meinung nach unschuldig sei. Weiter singt er ein Loblied auf das Polizeipräsidium.

Während der Rede des Verteidigers **verfällt Meißner in Ohnmacht.** Der Ohnmachtsanfall scheint systematisch vorbereitet zu sein. Nach einer Viertelstunde Unterbrechung der Sitzung kommt Meißner, simulierend sich stützen lassend, wieder in den Saal.

In seinen weiteren Ausführungen erklärt Dr. Hippe, daß die Furcht, beseitigt zu werden, immerhin nicht ganz unbegründet gewesen sei. — Als Verteidiger der Angeklagten Langguth blieb dem Rechtsanwalt Dr. **Tittel** nach der äußerst gemäßigten Anklagerede des Staatsanwalts fast nichts mehr übrig.

Zum Schluß ergreift in weinerlichem Tone nochmals **Meißner** das Wort. Er meint, er sei es gewesen, der **dem 1. Vorsitzenden des Dresdner Ortsvereins der Deutschen Volkspartei Minister Dr. Fritz Kaiser** im Beisein des Generalsekretärs des Wahlkreisverbandes Ostsachsen der Deutschen Volkspartei Joh. **Dinkmann** als erster einen zweistündigen Vortrag gehalten habe, daß **Schützinger zu entfernen sei.** Nach unbedeutenden Ausführungen der übrigen Angeklagten zieht sich das Gericht ¾4 Uhr zur Urteilsberatung zurück.

Urteilsverkündung

„Im Namen des Volkes" **verkündet der Vorsitzende gegen** ½9 Uhr folgendes Urteil:

Dr. Meißner 4 Jahre Gefängnis, 5 Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte,

Hauptmann Löffler 2 Jahre Gefängnis, 3 Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte,

Kassierer Gründel 8 Monate Gefängnis,

Kontoristin Langguth statt 2 Wochen Gefängnis 70 Mk. Geldstrafe, wovon 35 Mk. als verbüßt gelten.

Alle Angeklagten nehmen das Urteil ruhig entgegen, als wenn sie weit schlimmeres erwartet hätten.

Damit hat ein Prozeß seinen Abschluß gefunden, der auch den Mittelschichten den Schleier vor den Augen wegriß und die alten, „bewährten nationalen Führer jener Kreise" im wahren Lichte erscheinen ließ. Der Wohltätigkeitsschwindel steht vor aller Welt entlarvt. Der Erfolg der Klassenjustiz ist die Unterschlagung der Enthüllungen der „Arbeiterstimme". **Meißner ist gerichtet als das Opfer der Hinterwänner des Volksopferskandals.** Das System der Korruption muß noch gerichtet werden.

Eine diplomatische Niederlage Englands

Keine Verständigung mit der Türkei.

Moskau, 8. April. (TU.) Auf einem Presseempfang bei dem türkischen Gesandten in Moskau äußerte sich dieser dahingehend, daß er Gegner der Verhandlungen mit England sei und bestritt energisch die Gerüchte über eine Einigung zwischen der Türkei, dem Irak und England. Ein Einigungsvorschlag sei zwar vom britischen Botschafter ausgegangen, jedoch von der türkischen Regierung abgelehnt worden. Zur Zeit gebe es keine Möglichkeit, sich mit England zu einigen. Der Gesandte teilte ferner mit, daß die türkische Regierung zwei weitere englische Korrespondenten aus Konstantinopel ausweisen werde.

Ein Eisenbahnzug ohne Führer

Berlin, 8. April. (TU.) Wie der Lokalanzeiger aus Innsbruck meldet, fehlte bei dem Mittagszug der Mittenwaldbahn am Mittwoch auf der Lokomotive der zweite Führer. Der einzige Zugführer stürzte hinter Partenkirchen im Loisachtal von der Lokomotive und der Zug rollte führerlos bei ständig wachsender Geschwindigkeit das Gefälle in Richtung Eberwald hinunter. Im Höchsttempo entgleisten die Wagen und die Motorlokomotive und stürzten über eine Böschung von vier Meter hinab. Dabei erlitten 11 Reisende schwere Verletzungen. Sie wurden sofort nach Garmisch überführt. 3 Personen dürften mit dem Leben kaum davonkommen.

Die sächsische Polizei und das Innenministerium im Kampfe gegen die Opposition der sächsischen Polizeibeamten

Wie uns mitgeteilt wird, finden in der Oberlausitz in einer Reihe von Orten Haussuchungen nach angeblichen oppositionellen Zeitungen der sächsischen Polizeibeamten statt.

Massenmobilisation in Sachsen

K.K. In der sächsischen sozialdemokratischen Presse liest man Tag um Tag, daß die Organisationen dabei sind, die 23 Verräter herauszuwerfen. Fast in allen Unterbezirken werden entsprechende Anträge angenommen. Im UB. Zittau-Löbau erfolgten Mißbilligungserklärungen und die Annahme von Ausschlußanträgen. In den Hauptbezirken Dresden-Leipzig ist eine gleiche Entscheidung schon länger gefallen. In Chemnitz hatten die Freunde und Anhänger der Rechten den Landtagspräsidenten Max Winkler zu einem Referat geladen. Winkler lehnte ab, da er ausgeschlossen werden solle. An seiner Stelle sprach die Abgeordnete Büttner. Der Demagogie der Eva gelang es nicht, zu siegen. Die Chemnitzer Funktionäre beschlossen den Hinauswurf. Von der vollständigen Zerfahrenheit in der SPD. zeugt aber die Tatsache, daß der 16. Unterbezirk nach einem Referat von Wirth den Hinauswurf abgelehnt hat. Dagegen fordert dieser UB. nochmals die vorzeitige Auflösung. Die SPD.-Arbeiter sind sehr schwer von ihren Illusionen zu heilen. Daß es aber den Rechten gelang, wieder in Chemnitz in einem UB. einen Erfolg davonzutragen, daran trägt Schuld die ewig unentschlossene und schwankende Haltung der linken Führer. Wir wollen hierzu in Parallele stellen das Ergebnis der Auseinandersetzungen in der SPD. in Freital. Dort sprach Fleißner über die Sachsenpolitik; mit 20 gegen 7 Stimmen wurde dort beschlossen, Böckel auszuschließen. Das Ergebnis zeigt, daß die unentschlossene Haltung der Linken es nicht einmal vermocht hat, die eigenen Mitglieder zu mobilisieren. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind des ewigen Hin-und-her-Gezerres müde. Vor der Halbheit der Linken fangen die Rechten nicht an zu wanken und zu schwanken. Immer und immer wieder verweisen wir darauf, daß, wenn man die Position der mit dem Bürgertum verschworenen Rechten beseitigen will, man die stärkste Massenmobilisierung durchführen muß. Vor dieser Notwendigkeit aber weichen die Arzt, Edel und Genossen zurück. Fürchten sie die durch Massenbewegung einsetzende Revolutionierung der Massen? Noch haben sie nichts getan, einen Angriff auf die bis dato stärkste Position der Rechten zu unternehmen, in den Gewerkschaften zu mobilisieren. Für die Opposition in den Gewerkschaften ist die Haltung der sächsischen Gewerkschaftsbureaukraten beachtlich. Wenn oppositionelle Redner in Gewerkschaftsversammlungen ihren Standpunkt darlegen, dann tönt es ihnen meist entgegen: Politik hat in Gewerkschaftsversammlungen nichts zu suchen. Jedesmal jedoch, wenn die Gewerkschaften sich gegen die Revolutionierung der Massen wenden, wenn sie den Willen der Massen zu entscheidenden Schritten auffangen, ablenken oder umbiegen wollen, dann erklären sie sich für Organisationen, in denen Politik selbstverständlich sei. Unsere Stellung zu der sogenannten politischen Neutralität der Gewerkschaften ist bekannt, es gibt keine unpolitischen Wirtschaftsfragen. Die Gewerkschaften stehen auf dem Boden des kapitalistischen Staates und decken die voll auf derselben Plattform stehenden Rechten. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Sächsische Gewerkschaftszeitung mit aller Macht für die 23 und ihre Politik eingetreten ist. Sie erklärte, damals, daß die Politik, die im Reich und in Preußen höchste Weisheit sei, in Sachsen nicht Verrat sein könne. Die sächsischen Arbeiter hatten damit wieder einen erneuten Beweis von dem politischen Charakter der Gewerkschaften, aber von einem dem Interesse der Arbeiter feindlichen politischen Charakter. Hier gilt es anzusetzen und in hartem, zähem Kampf die Gewerkschaften wieder zu Klasseninstrumenten zu machen und ihre Politik umzustellen. Damit wird der Arbeiterbewegung gedient und gleichzeitig der Einfluß der Rechten zerstört. Die sächsischen Arbeiter müssen erkennen, mit organisatorischen Beschlüssen in ihren SPD.-Versammlungen allein werden sie den Rechten gar nichts anhaben. Sie müssen den Kampf auf allen Gebieten, insbesondere aber auf dem gewerkschaftlichen, aufnehmen. Die Sächsische Gewerkschaftszeitung wies die evtl. Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung mit Unterstützung der Kommunisten, ein mehrfach wiederholtes offenes Angebot der Kommunisten für die Politik nach den Neuwahlen, schon jetzt zurück. Die Gewerkschaften waren die Saboteure der Regierung von 23, die Saboteure der Abwehraktion. Jetzt wenden sie sich offen gegen jeden entscheidenden Schritt der sächsischen Arbeiter. Das Wesentlichste aber bleibt, daß die Gewerkschaften jetzt offen und klar politisch Stellung genommen haben; die Arbeiter müssen danach handeln.

Der kommunistische Landesvorstand hat den Sozialdemokraten und den Gewerkschaftsführern die gemeinsame Einleitung eines Volksbegehrens gegen diese Regierung und den Landtag vorgeschlagen. Die sozialdemokratischen Instanzen haben noch nicht geantwortet. In ihrer Presse haben sie dann, halb ablehnend, nach Ausflüchten suchend, geschrieben. Das Gewerkschaftskartell erklärte in einem Schreiben, es werde in der nächsten Sitzung Stellung nehmen. Auf unseren Hinweis an die sozialdemokratischen linken Führer, daß die Bürgerlichen sich mit dem Gedanken tragen, selbst nach Beendigung der Legislaturperiode im Herbst den Landtag nicht aufzulösen, schrieben sie, das sei

ganz unmöglich. Die Einleitung des Volksbegehrens und des Volksentscheids sei aber so umständlich und zeitraubend, daß es zwecklos sei, einen solchen Schritt zu unternehmen. Die sonst gut unterrichteten „Leipziger Neuesten Nachrichten" schrieben zu der Antwort der Linken und dem Hinweis der Kommunisten auf die Verzögerung der Auflösung:

„Wenn die Linkssozialisten dabei betonen, daß das Verfahren sehr umständlich sei, und daß die Landtagsauflösung nicht früher als auf dem natürlichen Wege im Herbste herbeigeführt werden könnte, dann ist das eine bewußte Verdrehung der Tatsachen. In Wahrheit haben die Linkssozialisten erkannt, wie sie von den Kommunisten beim letzten Volksbegehren über die Fürstenabfindung übers Ohr gehauen worden sind. Eine zweite „Einheitsfront" könnte ihnen noch teurer zu stehen kommen. Die Kommunisten freilich fliegen einen Versuchsballon auf: sie behaupten, daß die gegenwärtige Koalition den Plan habe, die Wahlperiode des Landtags noch um ein Jahr hinauszuschieben. Selbstverständlich sind solche Absichten in der Regierung bisher noch nicht erörtert worden. Wenn einige sozialdemokratische Blätter das aber für völlig ausgeschlossen hinstellen, dann möchten wir darauf hinweisen, daß es dazu lediglich einer Aenderung des Artikels 6 der sächsischen Verfassung bedarf, für die eine Zweidrittelmehrheit gegebenenfalls leicht zu erreichen sein würde. So ausgeschlossen, wie die Linkssozialisten das denken, ist der Fall also nicht."

Die „Chemnitzer Volksstimme" scheint durch diesen Hinweis doch etwas stutzig geworden zu sein und nimmt gestern dazu Stellung. Sie schreibt:

„Wir sind bisher an diesen Dingen mit einem mitleidigen Achselzucken vorbeigegangen, ob auch die Kommunisten aus demagogischen Gründen ein Geheul anstimmten. Wir glauben auch heute noch nicht, daß dieser saubere Plan gelingen wird, denn ein Verfassungsbruch dieser Art würde eine Ungeheuerlichkeit darstellen, die auch die Demokraten nicht ertragen könnten. Das Volk würde übrigens dabei noch ein Wort mitzusprechen haben.

Wie die Dinge aber von der sächsischen Reaktion betrachtet werden, und was für Absichten auf dem rechten Flügel des Bürgerblocks bestehen, das plaudern die „Leipziger Neuesten Nachrichten" aus. Allerdings sprechen sie von einem Versuchsballon der Kommunisten; die Form aber, in die dieses reaktionäre Blatt seine Polemik gegen die Kommunisten kleidet, ist sehr interessant....

Man muß leider zugeben, daß das Leipziger Kapitalistenblatt bisher immer sehr gut informiert war und daß es schon unmittelbar nach dem Heidelberger Parteitag noch sicherere Information verkünden konnte, die Dreiundzwanzig dächten nicht daran, noch im Laufe des Jahres 1925 auszulösen, sondern der Landtag stürbe seinen natürlichen Tod. Das alles ist genau eingetroffen.

Bei dem Spiel aber, das jetzt beginnt und das zweifellos in der Linie der sächsischen Reaktion liegt, wird der Erfolg etwas schwieriger sein. Vorläufig scheint es uns noch, als ob die ganze Geschichte eine dauernde Drohung gegen die Sozialdemokratische Partei sei, wenn sie nach dem letzten Disziplinbruch die organisatorischen Maßnahmen gegen die Dreiundzwanzig treffe. Warten wir's ab!"

Das ist sehr wenig vertrauensvoll, aber auch nicht kampfentschlossen. Wir schenken der „Chemnitzer Volksstimme" der Ausfall gegen die Kommunisten, möchten jedoch auf die Möglichkeit der Absicht der Verlängerung der Legislaturperiode hinweisen. Der Artikel 6 der Verfassung des Freistaates Sachsen bestimmt: „Der Landtag wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf 4 Jahre gewählt." Durch Beschluß einer Zweidrittelmehrheit kann die Verfassung geändert werden. Diese Mehrheit aber haben die Bürgerlichen mit den Rechten, sie können also sehr wohl die Periode des Landtages um 1 Jahr verlängern.

Diesen Plänen gilt es entgegenzuwirken. Darum Volksentscheid. Es gilt alle Kräfte anzuspannen. Arbeiter, erhebt eure Stimme für die Forderung, zwingt die Führer zur Durchführung.

„Das Recht auf Arbeit ist gewährleistet"

Verfassung des Deutschen Reiches

Essen, 7. April. (ZU.) Heute früh 6 Uhr wurde im Wald eine männliche und eine weibliche Leiche mit Kopfschüssen aufgefunden. Es handelt sich anscheinend um einen Doppelselbstmord. Die Toten sind zwei junge Menschen im Alter von 20 bis 25 Jahren. Bei dem Mann wurde ein Zettel gefunden, auf dem stand, daß beide aus Not wegen Arbeitslosigkeit in den Tod gegangen sind.

Der Arbeitermord bei Hoesch

Von unserem nach Heidenau entsandten Sonderberichterstatter

Die Zahl der Opfer der furchtbaren Explosionskatastrophe in der Zellulosefabrik von Hoesch hat sich auf 10 Tote, 13 Schwerverletzte und 4 Leichtverletzte erhöht. Von den Toten liegen noch 2 unter den Trümmern verschüttet. Unter den Toten befinden sich die Arbeiter Teich, Zupser, Wadewitz, Förster, Forkert und Preußler, Curt. Auf dem Transport sind an ihren schweren Verletzungen gestorben Mende, Curt, und Grüse, Paul. Noch unter den Trümmern verborgen liegen der Arbeiter Hesse, Max, und die Witwe Beckert.

Als Schwerverletzte wurden ins Krankenhaus überführt: Streich, Martin, Angermann, Albin, Hemmerlein, Fritz, Göpfert, Martin, Weser, Richard, Wehner, Paul, Jander, Paul, Kern, Bruno, Köhler, Ernst, Irrgang, Arthur, Preußler, Martin, Kirsten, Paul, Fischer, Erich.

Als Leichtverletzte sind bisher bekannt: Heller, Heinrich, Schäfer, Otto, Neubert, Albin, Tittel, Richard.

Von den Toten und Verwundeten ist die größte Anzahl verheiratet. Die im Krankenhaus untergebrachten Opfer dürften zum größten Teil als lebensgefährlich verletzt zu betrachten sein, da die Gasvergiftungen und Verbrennungen sehr schwerer Natur sind.

Der Mittelbau des drei Stockwerke hohen Fabrikgebäudes, in dem die Zellulosekocher eingebaut waren, gleicht einem einzigen Trümmerhaufen, unter dem bis gestern abend noch zwei der unglücklichen Opfer verschüttet lagen. Von den 6 Kochern, von denen jeder 196 000 Liter faßt, ist einer auseinandergeplatzt. Zwei weitere Kocher sind aus ihrer Lage gerückt, aber noch unversehrt. Die furchtbaren Verwüstungen lassen auf eine ungeheure Wucht der Explosion schließen. Die Opfer der Katastrophe sind wohl zum größten Teil durch den sofort ausströmenden Dampf buchstäblich verbrüht und durch die Säuredämpfe vergiftet worden.

Gestern mittag verweigerte die Direktion, angeblich auf Veranlassung des an der Unglücksstätte anwesenden Vertreters der Staatsanwaltschaft, jede Auskunft über die Anzahl der Opfer und die mutmaßlichen Ursachen des furchtbaren Unglücks. Die Verantwortlichen finden, wie gestern bereits die bürgerliche Presse meldet, keine Erklärung für das Unglück. Eine Ueberhitzung des explodierten Kessels soll nach den Darstellungen der bürgerlichen Presse nicht erfolgt sein. (!?)

Unter den Arbeitern des Betriebes wird die Auffassung vertreten, daß die Ursache des Unglücks zurückzuführen ist auf neue Versuche in der Bereitung der Zellulose, bzw. in anderweitiger Zusammensetzung der Säuren, in denen das zur Bereitung der Zellulose verwendete Holz gekocht wird. Diese Auffassung erscheint auch durch die Tatsache bestätigt, daß der explodierte Kocher Nr. 6 längere Zeit unbenutzt gestanden hat und zum erstenmal wieder im Gebrauch war.

Die Schuldigen an diesem Unglück werden wahrscheinlich niemals gefunden werden. Wenn es diesmal nicht gelingen sollte, die Arbeiter selbst verantwortlich zu machen, kann jetzt schon damit gerechnet werden, daß von den Verantwortlichen die Schuld auf „fehlerhaftes Material" oder eine andere Ursache abgewälzt wird.

Gestern mittag war die Direktion noch nicht in der Lage, der Oeffentlichkeit eine genaue Feststellung über die Anzahl der Opfer zu geben. Daß sie dazu nicht in der Lage war, ist nur daraus verständlich, daß, wie von uns bereits berichtet wurde, in diesem Betriebe keine geregelte Arbeitszeit eingehalten wird und von den einzelnen Schichten je nach der Arbeitslage Ueberstunden verlangt werden und die Betriebsleitung eine genaue Uebersicht über die zur Zeit des Unglücks arbeitenden Personen gar nicht gehabt hat. Bezeichnend ist es auch, daß die Betriebsleitung nicht einmal dem Gewerkschaftsvertreter der zuständigen Organisation Gelegenheit gab, die Unglücksstätte zu betreten, um sich um die Opfer kapitalistischer Profitgier zu kümmern.

Waren diese Maßnahmen zur Vertuschung und Verdunkelung der wirklichen Ursachen dieses grauenhaften Arbeitermordes notwendig?

Die Arbeiterschaft muß sofortige Untersuchung der wirklichen Ursachen und die strengste Bestrafung der Schuldigen fordern, wenn nicht weiterhin durch raffinierte Ausbeutermethoden die Arbeiter die Steigerung der Profitrate der Aktionäre mit ihrem Leben bezahlen sollen. Die grauenhaft entstellten Opfer dieser Katastrophe mahnen die Arbeiter von Hoesch, ernstlich Schluß zu machen mit der Lauheit im Betriebe. Nur durch festen Zusammenschluß im Fabrikarbeiterverband werden sie in der Lage sein, nicht nur bessere Löhne, sondern auch menschenwürdige Arbeitsmethoden zu erkämpfen. Gerade die Opfer der Katastrophe, die Kocherleerer und Stoffschaufler, gehören zu jener Arbeitergruppe, die die schwerste und gesundheitsschädlichste Arbeit zu verrichten haben.

Die Direktion der Firma Hoesch gehört zu den ausschlaggebendsten Scharfmachern im Arbeitgeberverband der Deutschen Papier-, Pappen-, Zellulose- und Holzstoffindustrie. Gerade in dieser Industrie versuchen die Unternehmer, mit allen Kräften zu jenen Arbeitsmethoden zurückzukehren, die sie glaubten in der Vorkriegszeit ihren Arbeitern bieten zu können.

Der Arbeitermord von Heidenau ist eine ernste Mahnung nicht nur an die Arbeiter dieser Industrie, sondern an die gesamte Arbeiterschaft, jetzt geschlossen den Kampf aufzunehmen gegen die sich steigernde Ausbeutung und Ausplünderung der Arbeiter, die mit ihrem Leben und ihrer Gesundheit die Profite der Kapitalisten bezahlen.

Ein Attentat auf Mussolini

Ein bißchen in die Nase gezwickt

Aus Rom wird vom 7. April gemeldet: Als Mussolini heute den Chirurgenkongreß verlassen und in ein Auto steigen wollte, wurde, als er das Kapitol betrat, von einer Frau aus nächster Nähe ein Revolverschuß auf ihn abgegeben. Mussolini wurde an der Nase leicht verletzt.

Mussolini wurde von seinen Untersekretären Grandi und Melchiori gestützt und von dem Professor Bastianelli untersucht. Es wurde nur eine leichte Verletzung an der Nase festgestellt. Mit der dem großen Diktator eigenen Pose erklärte er dann, daß die Verletzung nicht schlimm sei, und traf Anordnungen, daß die Ruhe nicht gestört werde. Natürlich wurde das Attentat sofort zu einer Propaganda für den Faschismus ausgenutzt. Mussolini, der zuerst die Absicht hatte, nach Ostia zu fahren, fuhr dann nach Hause und Roß sich verbinden.

Die Faschistische Partei erließ einen Aufruf, die Ruhe nicht zu stören. In Rom nutzten die Schwarzhemden die Gelegenheit jedoch, um wieder eine Probe ihres Vandalismus zu zeigen. In der Druckerei des Oppositionsblattes „Mondo" wurde eine Maschine zerstört, Möbel auf die Straße geworfen und Papierkörbe verbrannt. Eine Anzahl Faschisten versuchte, in die russische Botschaft einzudringen, sie wurden jedoch von Karabinieri daran gehindert. Den Botschaften und Konsulaten wurden Fenster eingeworfen. Das Personal der Botschaft hatte sich, wie gemeldet wird, bewaffnet, um den Angriff abzuwehren.

Die Attentäterin soll nach den Mitteilungen aus Rom eine geisteskranke Irländerin sein.

Nach Verübung des Attentats verhängte der Innenminister die Telephon- und Telegrammsperre für das Ausland. Nachmittags wurde dieselbe jedoch wieder aufgehoben. Mussolini und seine Freunde verstehen es natürlich trefflich, das Attentat auszunützen. Der Diktator hielt vom Balkon des Palazzo Chigi eine possenhafte Rede, in der er sagte: „Ihr sollt einige Minuten meine Stimme hören, damit ihr euch überzeugt, daß sich ihr Klang nicht geändert hat."

Reklame ist alles. Ganz selbstverständlich fehlt auch die Ausnützung des Attentats zur Kommunistenhetze nicht. 60 Kommunisten wurden verhaftet. Die faschistischen Blätter toben und rühmen Mussolini. Die Gesandten, der König und der Papst schickten ihre Glückwünsche. Das wäre nun das zweite Attentat auf Mussolini, nur haben diese Attentate immer den Beigeschmack einer großzügigen Reklame.

Verschlechterung des Gemeindewahlrechts in Bayern

München, 8. April. Das bayerische Ministerium veröffentlicht vier Referentenentwürfe einer neuen Gemeinde-, Bezirks- und Kreisordnung und eines Gesetzes zur Heraussetzung des Gemeindewahlalters von 20 auf 25 Jahre. Das passive Wahlrecht soll von 25 auf 30 Jahre herausgesetzt werden. Die Vertretungen der Selbstverwaltungen der Regierungsbezirke sollen außerdem nicht mehr direkt, sondern indirekt von den Kreistagen und den Gemeindevertretungen der kreisfreien Städte gewählt werden.

Neun Jahre ohne Zaren

Von Rotarmisten N. Nikolitij, Smolensk.

Uebersetzt aus dem Komm. Esperanto-Presseservice Leipzig, Geberstr. 24.

„Nikolaus der Zweite, russischer Kaiser und Monarch, polnischer Zar, finnischer Kronprinz usw. usw." — so begann der volle Titel des russischen Zaren und dauerte — zwei volle Druckseiten fort, wenn die Pfaffen in den Kirchen den „Namen" des „Gottesvertreters auf Erden" „glanvoll" verlasen".

Der Sturm der Revolution hat die verfaulten Fundamente des Thrones gestürzt; die Zaren, Zarenfrauen, Zarenkinder, Adligen, Minister, Stadtväter, Hofgänger und andere Taugenichtse sind verschwunden. Dreihundertundvier Jahre unterdrückte die Familie Romanow (das ist der Familienname der einstmaligen Zarenbande) die arbeitenden Schichten Rußlands, Polens, Finnlands, Estlands, Lettlands, Litauens, Tatariens u. a. Und am 12. März feierte die Einwohnerschaft der Sowjet-Union das neunjährige Jubiläum seines Lebens ohne Zarenregime.

Warum ist das Zarenregime „zusammengebrochen"? Etwa auf Grund der „bolschewistischen Propaganda"? Es waren drei Hauptursachen zu verzeichnen: der Zusammenbruch des Krieges und seine Folgen — Hunger, Wachsen des Klassenbewußtseins innerhalb der Arbeiterschaft und selbst innerhalb der Bauern und Soldaten; die dritte Ursache war die Unfähigkeit der Zarenregierung selbst. Ich weiß nicht, ob in einem anderen Land die Arbeiter- und Bauernschaft irgendeinmal ihren König so geliebt und geehrt und an ihn geglaubt hat wie in unserem Land. Jedoch der Zar betrog die Arbeiterschaft mit jedem Schritt und Tritt, mit jedem Tag wurde die Bauernschaft mehr unterdrückt.

Der 9. Januar des Jahres 1905, „ein blutiger Sonntag" — war der Tag, an dem die Arbeiterschaft begann, nicht mehr an den Zaren zu glauben. An diesem Tag marschierten einige tausend, ja zehntausende Arbeiter von Petrograd (jetzt Leningrad) mit Zarenporträts, Kirchenfahnen, Gottesbildern und Kreuzen, Kirchenlieder (u. a. „Gott erlöse den Zaren") singend nach dem Palast des Zaren und baten ihn, er möge die Kapitalisten veranlassen, das Lebensniveau der Arbeiter nur ein wenig zu verbessern. Der Zar kam jedoch nicht heraus aus dem Palast zu dem Volk, welches in einer Zahl von 45 000 Personen versammelt war, er befahl vielmehr, diese Bitte zu beantworten — mit Kugeln. 6000 wurden erschossen, einige tausend verwundet, unter ihnen einige hundert Kinder. Auf Grund dieser Antwort hörte die Arbeiterschaft auf, an den Zaren zu glauben.

Noch 12 Jahre lang gelang es dem Zaren, die Unterdrückung immer mehr zu verschärfen, jede revolutionäre Idee wurde mit Blut erstickt. Besser gesagt wurden diese Maßnahmen nicht vom Zaren selbst angeordnet, denn der letzte russische Zar Nikolaus II. war ein vollkommener Idiot. Alles wurde für ihn von seinen Verwandten und Ministern durchgeführt. Ueber die Blödheit des Zaren gibt es sogar eine glänzende Anekdote. Man erzählt, daß die Polizei einen Bauern verhaftete, der auf der Straße den Zaren beschimpft und ihn einen Verrückten genannt hatte.

„Warum hast du den Zaren beleidigt?" fragte man den Bauer im Polizeiamt.

„Ich habe nicht den russischen Zaren, sondern den chinesischen beleidigt", versuchte sich der Bauer zu rechtfertigen.

„Schwindle nicht!" schrie der Polizeibeamte, „wir wissen selbst, welcher Zar verrückt ist."

Und dieser selbst von der Polizei als Verrückter Gewertete saß auf dem Thron. Die Hälfte seiner Verwandten war Syphilis-krank, alle, ohne Ausnahme (auch er selbst) waren gewohnheitsmäßige Säufer. Seine Gattin war sozusagen eine ganz einfache Prostituierte. Sie konnaten weder ihr Gatte noch drei bis vier Adlige befriedigen. Ihr letzter Bettgänger war ein bekannter Pferdedieb (ein wirklich einfacher Analphabeth und Pferdedieb) Grigorio Rasjch, vom Volk genannt: Rasputin. Rasputin war ein Syphilis-kranker und hatte starken sexuellen Trieb in sich. Aus diesem Grunde wurde er von der Zarin besonders vorgezogen und geliebt. Die letzten Jahre wurde unser Land von Rasputin geleitet. Er teilte seine Wünsche der Zarin auf, sie — befahl dieselben dem Zaren und er führte sie durch. Als schwacher und dummer Säufer machte der Zar diejenigen zu Ministern, die Rasputin wünschte und schätzte. Die Revolution hat nun diesen halbtollen Zustand beendigt.

Der Hunger — das war die unvermittelte Ursache und der Beginn der Revolution.

„Brot!" — war das Schlagwort auf den Fahnen während der Februar-Revolution (die Revolution wird „Februar-Revolution genannt, weil der 12. März, an dem sie stattfand, nach dem alten russischen Kalender der 27. Februar war — genau so wird auch die November-Revolution (7. Nov.) „Oktober-Revolution genannt — 25. Okt. —). Diese Fahnen wurden das erste Mal auf den Straßen von Frauen, von Leningrader Arbeiterinnen, getragen.

Die Arbeiterschaft begann die Revolution, aber das Bürgertum ergriff erneut die Macht. Das Bürgertum bat den Zaren, er möge vom Thron abtreten, und der Zar trat auch ab. Was gab die neue Regierung dem Volk? Nichts. Ministerbonzen sprachen, wechselten ihr Gesicht, wie die Figuren auf der Kinoleinwand. Aber das Volk hungerte, der Krieg ging weiter, die Arbeiter hatten noch nicht die ersehnte Freiheit, die Bauern hatten kein Land.

Endlich legten die Arbeiter die Arbeit nieder, die Soldaten verweigerten, weiter zu kämpfen und verließen die Kampffront. Es begann die Oktober-Revolution, die wirkliche, die kommunistische Revolution . . .

* * *

Was hat uns der Zar hinterlassen? Ein armes Land mit Analphabeten.

Was haben wir jetzt dank der Oktober-Revolution? Eine sich immer mehr kulturell höher entwickelnde und reicher an Kultur- und allen anderen Schätzen werdende Republik.

Während des Zarenregimes besaßen drei Millionen Menschen (Adlige, Pfaffen, Minister) 39 Prozent der Erde, und 100 000 000 Bauern besaßen 60 Prozent des gesamten Ackerlandes. Jetzt besitzen die Bauern 96 Prozent des Ackerlandes, die Sowjet-Verwaltung 3 Prozent und die Kollektiv-Verwaltung 1 Prozent.

Während des Zarenregimes und nach der Februar-Revolution besaßen die Arbeiter kein einziges Werk, keinen einzigen Betrieb. Jetzt sind alle Betriebe und Fabriken Besitztum der Arbeiter. Es sind nur einige ausländische Firmen, die den Reichen gehören, aber in ihren Fabriken wird trotzdem alles von den Arbeitern kontrolliert.

Der Zar und die Bourgeoisie hat uns den Krieg gegeben, die Sowjet-Regierung — den Frieden.

Während des Zarenregimes hatten wir 47 Prozent Arbeiter und 72 Prozent Bauern, die Analphabeten waren. Jetzt haben wir sozusagen keinen Analphabeten mehr innerhalb der Arbeiterschaft, bei den Bauern wird die Zahl der Analphabeten auch ganz spontan immer weniger. In diesem Jahre traten der Roten Armee nur 1% Prozent Analphabeten bei, während unter dem Zarenregime 60 Prozent Analphabeten dem Militär beitraten.

Am stärksten unterdrückte die Zarenregierung die kleinen Länder, die das einstmalige zaristische Rußland bildeten. Jetzt sind alle Länder gleichberechtigt in der Sowjet-Union.

Jetzt sind wir frei. Neun Jahre leben wir ohne Zaren, acht Jahre ohne Bourgeoisie. Und mit Schmerz sehen wir auf die Völker, die noch ihre Fürsten haben. Zum Teufel mit ihnen!

Wir schauen auch vor allen Dingen nach der deutschen Arbeiterschaft. Warum duldete sie bis jetzt die anmaßenden Forderungen ihrer Fürsten. Wir haben den Zaren und seine Verwandtschaft zum Teufel gejagt. Wollt ihr unserem Beispiel nicht folgen?

Dresden

8. April: 1925: Hindenburg vom Reichsblock als Präsidentschaftskandidat aufgestellt — Austritt der Radikalen aus der ungarischen Sozialdemokratie, Konstituierung der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei. — 1919: 2. Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin — Verlegung der Zentrale der KPD. nach Leipzig — Blutige Kämpfe in Magdeburg. O. Landsberg und General von Kleist von Revolutionären festgenommen — Proklamierung des Generalstreiks in Mühlheim. Verschärfter Belagerungszustand in Essen und Düsseldorf. — 1906: Wahlen zur Ersten russischen Duma. Infolge Boykotts der Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre große Mehrheit der Kadetten.

Großstadtsonne

Wann leuchtet die Sonne über den schmutzigen, staubigen Straßen des Arbeiterviertels. Sie lockt den Großstadtjudenhocker aus seiner Loche. Wie sollte er auch in seiner stickigen Kammer sitzen bleiben, während draußen das Gezwitscher der gefiederten Proletarier lärmend die Stille unterbricht? Er ist ja arbeitslos, schon wochenlang hat er sich in seiner Behausung verkriechen müssen, ohne zu wissen, was ihm übrigbleibt, wenn er „ausgemietet" ist. Aber die Sonne scheint so hell, daß selbst die blinden Glasfenster zu lächeln beginnen. Kokett spiegeln sie sich in den Strahlen und werfen sie ihren Nachbarn auf der anderen Seite der Straße hinüber. Er hat das Ende der Straße erreicht. Dicht bevölkert gewährt sie dem flüchtig Schauenden einen lustigen Anblick. Kinderkleidchen, aus den verschiedensten Farben zusammengeschuppelt ersetzen hier die Blumen. Geschrei erfüllt die Luft. Dort stehen ein paar Frauen zusammen, hier einige Männer, die mit dröhnenden Stimmen diskutieren. Aber hier schon scheint das verklärende Licht der Sonne nicht mehr zu wirken. Ein einziger scharfer Blick — und das freundliche Gesicht der Straße ist verschwunden. Stechend beleuchten die soeben noch freundlich blinkenden Strahlen tiefe Furchen, graue Haut, düster blickende, tiefliegende Augen. Keines der Arbeitermädels, die überzeugt dort in der Ecke sich mit ein paar Straßenarbeitern unterhalten, hat noch viel von der Jugendfrische der „Backfischjahre". Irgendwie beschattet die Gesichter ein herber Zug, sie sind gezeichnet von dem unerbittlichen Kampf um die erbärmliche Existenz. Jetzt gleitet ein Strahl über die Schar der lustig lärmenden Kinder. Erschreckt bleiben die Augen an den Gesichtchen hängen. Die Jüngsten sind noch „Kinder", rund und rosig mit vergnügt blinkenden Augen, aber schon eines hat von Krankheiten krummgezogene Beine. Die anderen sehen ernsthaft aus. Sind das wirklich Kindergesichter? Greisenhaften hebt sich dem dünnen Haar, so spielen sie mit den Mauteren der Großstadtkinder. Nur manchmal ist wirklich etwas von kindlicher Seligkeit in ihren Blicken. Heiß und unbarmherzig hell bildet die Großstadtsonne auf das Pflaster der Arbeiterstraße, wenn nicht nur vom Braun des Pferdekotes unterbrochen wird. Nur hier einsam an der Ecke Stehenden steigt es bitter in der Kehle auf. Dafür hat man gekämpft, dafür ist man seinen „ersten" Führern gefolgt, dazu hat man 7 Jahre lang der „Republik" die Treue gehalten. Seine Hand fährt nach dem sozialdemokratischen Parteibuch in der Tasche des fadenscheinigen Ueberrockes. Der Lärm der Straße verschlingt das Knistern des verschlissenen Papiers. Hell blickt die Sonne auf die geballte Faust des Mannes. . . . .

Plötzlich fährt er zusammen. Auch die anderen „Pflasterkästen" blicken erstaunt an das Ende der Straße. Eine Gruppe Kinder naht in geschlossenem Zuge um die Ecke. Die Locken schütteln, um die Hälschen ein rotes Tuch geknüpft, marschieren sie im Takt durch die sonnenerfüllte Straße. Hell klingen die Stimmchen. Plötzlich leuchtet vom Wimpel der Wahrspruch der Kommunisten: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!" Die geballte Faust des Mannes läßt die letzten Papierfetzen zu Boden gleiten und sich wendend blickt der Sehnende noch Gebeugte hell in die Sonne, sein Körper strafft sich. Und während er unwillkürlich „Schritt faßt", weht er leis' im Takt mit den festen Schritten der jungen Kämpfer die trotzige Melodie in den Frühlingstag:

Brüder, zur Sonne, zur Freiheit — —
Brüder, zum Lichte empor.
Hell aus dem dunklen Vergangenen
Leuchtet die Zukunft hervor!"

Nochmalige Aufführung des Lenin-Films „Sein Mahnruf" am 25. April

Die Filmaufführung in den Annensälen war überfüllt. Die Stimmung bei der Aufführung selbst war eine sehr gute, weshalb auf vielseitigen Wunsch die Internationale Arbeiterhilfe, Ortsgruppe Dresden, den Film am Sonntag den 25. April, vormittags 11 Uhr im Volkswohlsaal, Dresden, Trabantengasse, nochmals aufführen läßt. Die Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu haben: IAH., Güterbahnhofstr. 24, p.; Volksbuchhandlung Weißstein, Große Meißner Straße; Buchhandlung Groß, Röhrscheibe; Schokoladengeschäft Blochwitz, Markgraf-Heinrichstraße, Fingerle, Wittenberger Straße; Textilwarenhaus Bärensteiner Straße 20. Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 60 Pf., an der Kasse 70 Pf., für Erwerbslose 30 Pf.

Die Finsterlinge an der Arbeit

(Arbeiterkorrespondenz.)

Die Anhänger der Lehre Christi sind während der Feiertage nicht faul gewesen. Ueberall versuchen sie die, welche nicht alle werden, zu ihren Schäfchen zu machen.

So auch am 2. Osterfeiertag an der Großenhainer Straße jenseits dem Bergrestaurant. Aus der Heide kommend, wurde auch ich durch Gesang auf diese Leute aufmerksam. Sie sangen geistliche Lieder und ab und zu sprach einer von ihnen zu den Neugierigen, die sich zahlreich einfanden, aber meistens mit einem Lächeln nach kurzer Zeit weitergingen. Sie sprachen von der alles umfassenden Liebe Jesu und daß jeder, der Ruhe und Frieden sucht, zu ihnen kommen soll. Alle hörten sich das Theater ruhig an, bis eine Bemerkung von mir die Spannung löste, indem ich sagte, sie sollen uns doch einmal den Weg zeigen, wie man die Not der Millionen Erwerbslosen beseitigen könne, statt bewußt oder unbewußt die Geschäfte der Kapitalisten zu besorgen; uns wäre doch die Erde so viel näher und fühlbarer als der Himmel. Diese Aeußerung löste vielen die Zunge und es zeigte sich, daß die meisten der Anwesenden meine Meinung teilten, wenn es auch hier und da Auseinandersetzungen gab.

Aber auch bei diesem Vorfall zeigte sich, daß eine Anzahl Arbeiter in der „guten Kluft" gerne ihre Klassenlage verleugnen, oder ein falsches Anstandsgefühl sie hindert, Front zu machen gegen diese Verdummungsapostel. A. Z.

Wozu das Schachspiel gut sein soll

Aus Anlaß des fünfzigjährigen Bestehens des Bürgerlichen Dresdner Schachvereins fand am Ostermontag im Logenhaus ein Festbankett statt. An ihm nahmen die Vertreter der verschiedenen Behörden, als auch Vertreter des Handels u. Gewerbes teil. Namens des Rates zu Dresden u. der anwesenden Stadtverordneten überbrachte Stadtrat Kirchhoff Dank und Glückwunsch. Er erklärte, Das Schachspiel ist geeignet, große und starke politische Gegensätze zu überbrücken. Wenn das ein Bürgerlicher gesagt hätte, könnte man es mit einem Achselzucken übergehen, aber Kirchhoff ist, soweit wir informiert sind, immer noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei! Vielleicht beantragt er demnächst in seiner Partei die Einführung der obligatorischen Schachspielpflicht, um „die starken politischen Gegensätze zu überbrücken."

Es wird in der Tat die höchste Zeit, daß die sozialdemokratischen Arbeiter diese Auch-Politiker schachmatt setzen!

Bezeichnend für die „Ueberbrückung" starker politischer Gegensätze durch das „völkerbefriedende" Schachspiel, dessen erzieherischen Wert wir durchaus anerkennen, ist folgender „unbedeutender" Vorfall:

Als der Schachspieler Aljechin, ein russischer Konterrevolutionär seine Karte erhielt, auf der vermerkt war „Aljechin, Rußland", zerriß er hastig das Blatt und ließ sofort ein neues ausschreiben. Damit man ihn ja nicht für einen „roten Russen" hält, lautet nunmehr die Firma: „Aljechin, Paris, russischer Nationalität".

Nun, hat Kirchhoff nicht recht?!

Wach- und Schließgesellschaft Dresden

(Arbeiterkorrespondenz.)

Es wird allerhöchste Zeit, einmal in einen Betrieb zu leuchten, der wohl von den wenigsten beachtet wird, da er so im dunkeln blüht, aber nichts desto weniger oder vielleicht gerade deswegen an der Spitze steht, was wucherische Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft betrifft.

Dienst täglich von abends 9,30 Uhr bis früh 6 Uhr mit halbstündiger Pause, die aber nur selten eingehalten werden kann. Ist der Nachtdienst an sich schon äußerst aufreibend, so wird er es in noch erhöhtem Maße durch das viele Treppenlaufen, besonders in der inneren Stadt. Gegen Morgen wird die Gangart zu einem Schleichen und nur schwer sind die vorgeschriebenen Zeiten einzuhalten. Eine Erleichterung ist nur auf Kosten der Sicherheit der Abonnenten möglich, wobei man wieder fürchten muß, mit den Kontrolleuren, den Kettenhunden der Gesellschaft, zusammenzustoßen. Das bringt nicht nur eine Rüge, eventuell Entlassung ein, sondern der oder die betr. Wächter werden am anderen Tage vormittags aufs Bureau bestellt, müssen also noch ihre Ruhezeit opfern, wie es zum Beispiel vor einigen Tagen ein paar Kollegen traf, die sich eines Eigentumsvergehens in der Darmstädter und Nationalbank schuldig gemacht haben sollen. Von früh 8 bis 11 Uhr hatte man sie unberechtigt der Ruhe beraubt. Und das alles für 144,75 Mark monatlich. Beschwerden werden meistens mit barschem, vom Kasernenhof her bekanntem Ton abgewiesen.

Im Dienst ist so ziemlich alles, außer Lanfen, verboten, so zum Beispiel das Rauchen auf der Straße oder auch in der Pause, Stehen, Sitzen, eigenmächtiges Aendern des Rundganges. Gilt es doch, das — gedeihlich — Privateigentum vor unberechtigten Zugriffen zu schützen, und das läßt sich der einzelne schon etwas kosten. Wir Wächter haben dafür auch noch das zweifelhafte angenehme Vergnügen, die ganze Nacht hindurch die Vertreter der bevorzugten Menschenklasse — der besseren Gesellschaft — in ihrem tagesscheuen Nachtleben zu beobachten. So etwas stärkt die „staatserhaltenden" Gefühle der übernächtigen Sklaven des Wachtdienstes. Man lernt allmählich das System „lieben" und „verehren". Und mit diesem System 3 seiner besten Fronvögte der Wach- und Schließgesellschaft: Direktor Nußbaum, Oberkontrolleur Beier und Hilfskontrolleur Zechelt.

Wir wenigen klassenbewußten Elemente in der Gesellschaft werden unsere ganze Kraft einsetzen, um unseren Kollegen die Augen zu öffnen — und das wird ein böses Erwachen für die Herrschaften geben.

Achtung! Wir machen schon heute darauf aufmerksam, daß am Dienstag, den 13. April, eine große Kundgebung der Dresdner Erwerbslosen stattfindet. Näheres wird noch bekanntgegeben. Alle Werktätigen werden aufgefordert, sich daran zu beteiligen.

Rückkehr Dresdner Kinder. Die im Prinz-Luitpold-Genesungsheim in Bad Tölz untergebrachten Dresdner Kinder treffen am 12. April, abends 11,50 Uhr auf dem Hauptbahnhof ein. Die Angehörigen werden ersucht, die Kinder zur angegebenen Zeit auf dem Hauptbahnhofe abzuholen.

Warnung. Ein Betrüger gibt in den Wohnungen von Pensionären, Witwen usw., und zwar meist in deren Abwesenheit, große Altenbriefumschläge mit Adresse und der Aufschrift „Inliegend Reichsanleihe, Wert ... Mark" gegen Quittung und unter Einhebung einer „Gebühr" in Höhe von meist 7,50 Mark ab. Die Briefumschläge sind mit Zeitungspapier gefüllt. Der Betrüger hat es nur auf die Erlangung des Geldbetrages abgesehen und diesen bisher auch in den meisten Fällen ausgehändigt erhalten.

Aus Ostsachsen

Standalöse Zustände in der Schule zu Gittersee

Wie sich der Lehrer Karl Hilbert, Parteimitglied der SPD., die Erziehung der Jugend vorstellt, zeigen folgende Fälle: Am Donnerstag, den 25. März, hatte die Klasse des Lehrers Hilbert Erdkunde. Er kommandierte: eins, zwei, drei, Tagebücher rauf! Ein Junge konnte nicht schnell genug sein Buch aus dem Ranzen bringen. Da stürzte der Lehrer wie ein Wilder zu ihm hin, riß ihn aus der Bank und nahm ihn mit auf den Flur. Dort packte er ihn an beiden Backen und rammelte ihn an die Wand! Beim Hereinkommen äußerte sich der Held noch: „So, das hat niemand gesehen!" Als der Junge wieder in der Bank saß und weinte, sagte der „tapfere Held" noch: „Wir werden schon sehen, wer stärker ist, ich oder Du!", und das ausgerechnet zu einem schwächlichen Waisenknaben. Eine Zeit darnach äußerte der Junge zum Lehrer: „Ja, wenn es niemand sieht, da können Sie einen traktieren". Da sagte der Held zu der Klasse: „Jetzt hat er geschwindelt". Vorher hat der Lehrer ein Mädchen, nur weil es beim Büchereinsammeln mit einem anderen Mädchen gesprochen hat, an den Haaren aus der Bank gerissen und dabei einen Büschel Haare mit herausgezerrt und ihr auch noch Scheiben rechts und links gegeben. Noch nicht genug, stürzte er sich noch auf einen anderen Jungen, welcher auch ein paar Worte gesprochen hatte, riß ihn ebenfalls aus der Bank, daß er an die Wand flog und nahm ihn mit auf den Flur, rammelte ihn dort mit dem Kopf an die Wand, so daß ihm die Zähne bluteten.

Was sagen die sozialdemokratischen Arbeiter dazu?

Arbeitereltern und Erzieher! Wollt ihr eure Kinder noch länger mißhandeln und gesundheitlich schädigen lassen? Laßt es euch nicht länger bieten!

Deshalb schickt eure Kinder in den Jung-Spartakus-Bund! Dort werden eure Kinder aufgeklärt und zu klar denkenden Menschen gemacht. Eine 14jährige Jungpionierin.

Radeberg. (Schulanfritt.) Die Verbands-Berufsschule Radeberg und Umgegend teilt mit, daß die Anmeldung der Ostern 1926 neu eintretenden Schüler aus Radeberg und den beteiligten Gemeinden Montag den 12. April, und zwar 8 Uhr vormittags für Knaben und 10 Uhr vormittags für Mädchen, im Berufsschulgebäude an der Kirche zu erfolgen hat. Schulentlassungszeugnis und Zensurbuch sind vorzulegen, Tagebuch und Schreibzeug sind mitzubringen.

Radebeg. (Die Priehnitz-Forellen und das Strafgesetzbuch.) Ein Leser schreibt uns: Jedes Jahr, wenn ich an schönen Sonntagen in den Ullersdorfer Forst ging, sah ich am Ufer der Priehnitz viele Familien lagern, welche ihre mitgebrachten Getränke im Wasser kühlten. Die Kinder waren besonders froh, einmal mit den nackten Beinen im Wasser spazieren zu können. Meistens sind es Proleten aus der Großstadt, welche hier am kühlen Wasser im schattigen Walde Erholung suchen. Nun wird dieses Jahr mancher enttäuscht sein, wenn er seinen gewohnten Ausflug macht und an der Priehnitz lagern will; denn ihm leuchtet eine Tafel entgegen, auf welcher folgendes zu lesen ist: „Das Betreten der Priehnitzufer und des Priehnitzlaufes ist verboten. Zuwiderhandlungen werden nach § 368a des RStG. und § 19 des F. und JG. bestraft. Staats- und Forstamt". Was bei Augusts Zeiten nicht verboten worden ist, wird jetzt, da wir in der freiesten Republik der Welt leben, verboten. Vielleicht ist das Verbot dadurch entstanden, weil in der Priehnitz ein paar Fischlein schwimmen und hin und wieder ein solcher von einem Proleten erhascht wird und somit die Gefahr besteht, daß sich dieser daheim an diesem Tierchen den Magen „verdirbt", was ja bei den Beamten des Staats-Forstamtes nicht vorkommen kann. Fragen muß man allerdings, ob sichs verlohnt, wegen der paar armseligen Fischlein eine solch große Anzahl Warnungstafeln aufzustellen und einen ebenso großen Polizeiapparat in Bewegung zu setzen. Sollte die Priehnitz an Forellen wirklich so ertragreich sein, so muß man schon der Forstverwaltung seine Verwunderung darüber Ausdruck geben, weil man von einem öffentlichen Verkauf der Fische bisher nichts gehört hat — oder ist er nichtöffentlich? —

Neusalza-Spremberg. (Die Taten der bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament.) Ein großangelegter Wohnungsskandal, welcher von den bürgerlichen Stadtvertretern schon lange Zeit vorbereitet war, beschäftigte am 30. März unsere Stadtverordnetensitzung. Seit 1920 sucht ein geborenes Spremberger Arbeiterkind eine Wohnung. ärztliche Zeugnisse bestätigen die Krankheit seiner Frau und Kinder, sein Sohn wurde im Vorjahre wegen geistiger Zurückgebliebenheit vom Schulantritt auf ein weiteres Jahr zurückgestellt. Trotzdem ein schuldloses Räumungsurteil vorliegt, und zwei Wohnungen an ihn vergeben worden sind, leider aber durch die Hartnäckigkeit der Hausbesitzer nicht zu erfassen waren, konnte der arme Teufel bis dato noch nicht in den Besitz einer Wohnung gelangen. Der hiesige Wohnungsausschuß, welcher am 8. Januar tagte, beschäftigte sich mit der Vergebung einer städtischen Wohnung, und kam zu dem einstimmigen Beschluß, dem armen Teufel die städtische Wohnung mit Recht zuzusprechen. Durch einen Spitzbubenstreich, sowie Weiberquatsch erhob sich ein Sturm gegen den Wohnungsuchenden, und was geschah, die bürgerlichen Vertreter vom Stadtgemeinderat schlugen um und nahmen dem Wohnungsausschuß seine Rechte. Am 12. Februar wurde dem Wohnungsuchenden die Wohnung abgeräubert und abgesagt. Der Wohnungsausschuß mußte sich nun abermals mit drei Vorschlägen befassen, das Ergebnis war, denjenigen immer wieder an die erste Stelle zu setzen und ihn als Vordringlichen vorzuschlagen, weil er erstens seit 1920 Wohnungsuchender ist, zweitens Räumungsurteil vorliegt und drittens ärztliche Zeugnisse zu der ganzen Angelegenheit nicht im Widerspruche stehen. Da es nun im Stadtverordnetenkollegium zur Abstimmung kam, fiel den beiden bürgerlichen Vertretern, welche erst einstimmig mit für den Wohnungsuchenden gestimmt hatten, das viel gepriesene „soziale Herz" in die Hosen. Sie mußten Gas schlucken, wie ein Vertreter von derselben Sorte, der erst der größte Feind gegen Gas war, bis er etliche Handwagen von der Gesellschaft zu machen kriegte. Was soll und wird nun die Arbeiterschaft zu dem Verhalten sagen. Hervorragend beteiligten sich bei dieser Sache Herr Kantor Klix und der Kommunistenfresser Eberhardt Hinlich. — Arbeitsbrüder, helft mit aller Kraft mit, daß wir diese Gesellschaft bei der nächsten Stadtgemeinderatswahl an die Wand drücken und eine proletarische Mehrheit schaffen, dann werden wir die Richter sein.

Löbau. (Sie können sich nicht beruhigen — die Sozialdemokraten.) Die Wahl zum Steuerausschuß kam seinerzeit nicht überraschend. Bereits 14 Tage vorher war durch die Ausschüsse usw. die Sache bekannt. Die Fraktionsgenossen bei den Stadtverordneten wurden stutzig, als 5 Minuten vor Beginn der Sitzung die Sozialdemokraten mit dem Angebot eines gemeinsamen Wahlvorschlages an uns herantraten. Wir wollen heute ruhig bekennen, daß es besser gewesen wäre, taktisch anders zu handeln. Die Löbauer Arbeiter hätten dadurch wahrscheinlich schneller und sicherer das wahre Gesicht dieser Leute kennengelernt. Hat die sozialdemokratische Fraktion wirklich das Recht, mit Steinen zu werfen. Einmal trifft sie ja das Verschulden, da sie in letzter Minute mit der Forderung des gemeinsamen Vorschlages an uns herangetreten ist. Und wie trat sie bei der Beratung des Ortsgesetzes auf? Damals beantragte der heutige Stadtrat Thieme, daß als Tribünenbesucher nur zugelassen werden diejenigen Bürger der Stadt, die das Wahlalter erreicht haben. Verträgt sich das wirklich mit dem Sozialismus und der Demokratie? Was sagt dazu auch die Sozialistische Arbeiter-Jugend? Daß die sozialdemokratischen Stadtverordneten Arm in Arm mit den Bürgerlichen marschieren, wird auch illustriert durch die Tatsache, daß der sozialdemokratische Stadtverordnete Richter den bürgerlichen Stadtverordnetenvorsteher zu Dienstreisen vorschlägt. Ist das aus „taktischer Notwendigkeit" heraus geschehen? Die „Volkszeitung für die Oberlausitz" hat also gar keine Ursache, sich aufzuregen. Die Herren sollen nicht mit Steinen werfen, wenn sie selbst im Glashaus sitzen.

Vom Tage

Pirna. (Das Automobilunglück bei Kriebstein.) Der Kraftwagen, mit dem der chilenische Konsul Mundt am Sonnabend tödlich verunglückte, war erst am 1. April angekauft worden. Die mitverunglückte Sekretärin Margarethe Leselt aus Berlin liegt noch immer im Stadtkrankenhaus Pirna bewußtlos darnieder; sie hat einen doppelten Schädelbruch erlitten und erlangte während des Mittwochs nur für kurze Zeit einige lichte Augenblicke.

Struppen. (Schadenfeuer.) Ein Schadenfeuer brach am Dienstag abend gegen 7 Uhr im Sägewerk von Otto Hickmann aus. Es konnte bald unterdrückt werden, ist aber offenbar nicht richtig gelöscht worden, denn gegen 9 Uhr abends brach nochmals Feuer aus. Das Sägewerk brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Die Entstehungsursache ließ sich bisher noch nicht einwandfrei ermitteln.

Opfer des alten Schulsystems. Ein 15jähriger Schüler der Greizer Oberrealschule stürzte sich, weil er nicht versetzt worden war, von der Teufelskanzel herab und blieb mit zerschmetterten Gliedern tot im Gebüsche liegen.

Rundfunk

Freitag, den 9. April.

Rundfunk für Unterhaltung und Belehrung: 10,10—10,15 Uhr: Winterwetterberichte des Sächs. Verkehrsverbandes. 10,15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Durchgabe vom Festsaale des Neuen Rathauses aus: Vortrag des Herrn Universitätsprofessors Dr. Hans Leisegang: „Erziehung zu staatsbürgerlicher Gesinnung", gehalten auf der 3. Allgemeinen Versammlung des Sächsischen Lehrervereins vom 8. bis 10. April in Leipzig. 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage der Wetterwarten Dresden, Magdeburg, Weimar. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Hupfeld-Phonola. 12,55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 1,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 3—4 Uhr: Pädagogischer Rundfunk des Zentralinstitutes (Deutsche Welle). 3 Uhr: C. M. Albert und Frl. van Eyseren: Spanisch für Anfänger. 3,55 Uhr: Studienrat Scheiffler: „Allgemeine Gesichtspunkte für die Wahl geeigneter Empfänger und den Bau der Antennenanlage". 4—4,45 und 5—5,30 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkhauskapelle. 6,30—7 Uhr: Leseproben aus den Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt. 7—7,30 Uhr: Vortrag (von Dresden aus): Dr. Politzsch: „Probleme im Schach". 7,30—8 Uhr: Vortragsreihe: „Einführung in die Volkswirtschaft". 2. Vortrag: Dr. Karl C. Thalheim: „Die heutige Wirtschaftsordnung und ihre Entstehung". 8,15 Uhr: Sinfoniekonzert. Dirigent: Alfred Szendrei. Solist: Alexander Chwolles (Violine). Das Leipziger Sinfonieorchester. Anschließend (etwa 9,45 Uhr): Pressebericht und Sportfunkdienst. Singers Pferdesportberichte werden nach den Nummern der Union, dem Sporn und dem Paris-Sport bekanntgegeben. Schluß etwa 10,15 Uhr, doch ohne Gewähr. Danach: Freizeit für Funkfreunde, die auswärtige Sender hören wollen.

Voraussichtliches Wetter am 9. April (Freitag): Ziemlich heiter, meist trocken, früh kühler, tagsüber ziemlich warm.

10. April (Sonnabend): Vielfach heiter, trocken, früh kühl, tagsüber ziemlich warm.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale, Dresden. Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Renner, Dresden.

Einheitsfront am 1. Mai

Die Reaktion in Deutschland marschiert immer frecher voran. Nicht mit romantischen Putschen, obgleich zwar, wie unsere letzten Veröffentlichungen über die Manöverübungen des Stahlhelm zeigen, auch nach dieser Seite fest gerüstet wird, sondern durch ein ständiges Vordringen der reaktionärsten Schichten in der Verwaltung und Wirtschaft. In Sachsen zeigte die letzte Sitzung des Industriellen-Verbandes den wachsenden Einfluß der Deutschnationalen. Im Landtag stehen die 23 Rechten in einer Front mit dem Bürgerblock. Von Bethke bis Beutler steht eine Front gegen die Arbeiter. Alle Forderungen und Anträge der Arbeiter werden abgelehnt, den Arbeitern ungeheure Lasten auferlegt. Schon rüstet der Bürgerblock, seine Position weiter zu festigen. Mit Hilfe der 23 Handlanger und Renegaten soll der Landtag evtl. über die Dauer seiner Legislaturperiode erhalten werden.

Gegen die Front der Reaktionäre gilt es die Einheitsfront der Arbeiter zu stellen. Die Arbeiter sind bereit zur Einheitsfront. Unter den roten Fahnen muß der 1. Mai zu einer wuchtigen Kundgebung gegen die Feinde des Proletariats werden. In vielen Orten Sachsens haben die Arbeiter sich zu gemeinsamen Kundgebungen zusammengeschlossen. In 17 Kartellbereichen haben die Verhandlungen zwischen den Organisationen zu gemeinsamen Veranstaltungen geführt. In Dresden haben die sozialdemokratischen Führer auch in diesem Jahre einheitliche Kundgebungen abgelehnt. Die Bezirksleitung der KPD. war entschlossen, den 1. Mai zu einer wuchtigen Einheits-Veranstaltung werden zu lassen. Sie richtete deswegen an die SPD. folgendes Schreiben:

KPD. 8 Ostsachsen. Dresden, den 20. März 1926.

An die
Sozialdemokratische Partei Groß-Dresden.

Werte Genossen!

Der diesjährige 1. Mai hat für die gesamte deutsche Arbeiterschaft eine erhöhte Bedeutung. Nicht nur, daß an diesem Tage für die alten Arbeiterforderungen, Achtstundentag, für die Verbesserung der Lage der Arbeiter demonstriert wird, sondern daß es an diesem Tage gilt, den Monarchisten zu zeigen, daß die Arbeiterschaft am 1. Mai einig und geschlossen für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten demonstriert. Gelingt es in Dresden, einen einheitlichen Aufmarsch zu veranstalten, so wird die Propaganda für den Volksentscheid wesentlich verstärkt.

Aus diesen Gründen schlägt die KPD. vor, eine gemeinsame Mai-Kundgebung der beiden Arbeiterparteien in Dresden zu veranstalten. Ueber die organisatorischen und finanziellen Fragen wird es leicht möglich sein, eine Einigung zu erzielen.

In der Erwartung, daß unser Vorschlag nicht abgelehnt wird und wir so schnell wie möglich Bescheid erhalten, zeichnet

mit kommunistischem Gruß
i. A. M. Schneider.

Die Bezirksleitung der SPD. antwortete darauf mit folgendem Schreiben:

Sozialdemokratisches Parteisekretariat für Groß-Dresden.
Dresden-A., den 21. März 1926.

An die
Kommunistische Partei Bezirk Ostsachsen
Dresden-A., Marschallstr. 10.

Werte Genossen!

Wir bestätigen den Eingang Ihres Schreibens vom 20. d. M. und teilen Ihnen mit, daß dessen Inhalt in nächstmöglichster Zeit Gegenstand einer Aussprache in unserem Unterbezirksvorstand sein wird.

Wir möchten nicht verfehlen, bereits darauf hinzuweisen, daß unsere Vorbereitungen zur diesjährigen Maifeier so gut wie abgeschlossen sind. Die Maikarte ist bereits im Druck und wird in spätestens acht Tagen zum Versand kommen. Das Gesuch um Ueberlassung des Festplatzes unterliegt zurzeit der Beschlußfassung der zuständigen Körperschaft. Die Mitwirkung des Arbeitersportkartells und des Arbeiter-Sängerbundes sowie des benötigten Orchesters ist in fast allen Einzelheiten festgelegt.

Wir bitten, von diesem Sachstand Kenntnis zu nehmen, und stellen Ihnen anheim, falls eine unverbindliche informatorische Aussprache nötig sein sollte, hierzu diesbezügliche Mitteilungen an die unterbezeichnete Adresse gelangen zu lassen. Die Aussprache könnte dann im Sekretariat der SPD., Wettinerplatz 10, I., stattfinden.

Mit sozialistischem Gruß
Sozialdemokratisches Parteisekretariat für Groß-Dresden.

Die Bezirksleitung der KPD. schickte die Genossen M. Schneider und A. Werner zur Verhandlung. Von seiten der SPD. nahmen teil die Genossen Sudik, Sander und Edel. Der Genosse M. Schneider schlug vor, einen gemeinsamen Aufruf mit den Losungen der Tagesforderungen der Arbeiterschaft und mit den Unterschriften der zwei Arbeiterorganisationen versehen, herauszugeben, einen geschlossenen Demonstrationszug durch die Stadt, bei der Kundgebung unter freiem Himmel sollten KPD.- und SPD.-Redner sprechen. Die sozialdemokratischen Genossen erklärten, daß sie grundsätzlich mit den Vorschlägen der KPD. einverstanden sind, daß sie aber keine endgültige Regelung treffen können, sondern daß der erweiterte Bezirksvorstand dazu Stellung nehmen muß. Es wurde von seiten des Genossen Sander (SPD.) auf die eventuell entstehenden Streitigkeiten bei dem Vertrieb der verschiedenen Literatur hingewiesen, es wurde weiter betont, daß die KPD. bei den letzten Verhandlungen falsch Bericht gegeben habe. Die Vertreter der KPD. erklärten sich bereit, daß bei der gemeinsamen Demonstration in allererster Linie nur das gemeinsame Maiabzeichen abgesetzt werden soll, und daß außerdem die Maizeitungen der zwei Parteien vertrieben werden. Die Behauptung von Sander, daß die „Arbeiterstimme" über die letzten Verhandlungen falsch berichtet habe, wurde von den Genossen Schneider zurückgewiesen und berichtigt, denn jetzt steht, daß auch die Verhandlungen über die gemeinsame Sammelaktion für das Volksbegehren durch das Verhalten der Bezirksleitung der SPD. Ostsachsen gescheitert sind. Der Bezirksvorstand Ostsachsen hat darauf am 30. März mit folgendem Schreiben das Angebot der KPD. abgelehnt:

Sozialdemokratisches Bezirkssekretariat für den Bezirksverband Dresden (Ostsachsen).
Dresden, den 30. März 1926.

An die
Kommunistische Partei Ostsachsen
Dresden-A., Marschallstr. 10

Werte Genossen!

Der erweiterte Bezirksvorstand von Ostsachsen hat zu der Frage einer gemeinsamen Maifeier mit der KPD. Stellung genommen, jedoch beschlossen, in diesem Jahre von einer gemeinsamen Maifeier abzusehen. Zu erster Linie maßgebend dafür waren folgende Erwägungen: Die Kommunistische Partei hat zwar gemeinsame Maifeiern unter sich ausgenommen, damit aber zugleich bewiesen, daß für sie die Frage nicht Selbstzweck ist, sondern Mittel zum Zwecke ihrer Parteiagitation. Der Bezirksvorstand konnte sich auf Grund des bisherigen Verhaltens der KPD. nicht von der Aufrichtigkeit des Vorgehens der KPD. überzeugen. Dieses Verhalten gibt keinerlei Gewähr dafür, daß Vereinbarungen auch gehalten werden. Besonders maßgebend für den Beschluß war die verleumderische Presselampagne, die während der Verhandlungen über gemeinsame Sammellisten zum Volksbegehren von der kommunistischen Presse gegen die SPD. geführt worden ist. Daher laufe Behauptungen aufgestellt worden, die jeder Berechtigung entbehrten. Vorher schon hatte die KPD. ein Flugblatt verbreiten lassen, in dem sie die SPD. in unwahrer und demagogischer Weise angriff. So erstrebenswert die Einheit der Arbeiterschaft ist, so wenig kann es doch von Vorteil sein, wenn nach abgeschlossenen Vereinbarungen von der KPD. neuer Streit vom Zaune gebrochen, Bedingungen nicht eingehalten werden und dadurch der Maigedanke diskreditiert wird. Der Bezirksvorstand konnte daher gemeinsamen Maifeiern mit der KPD. in diesem Jahre nicht zustimmen.

Mit sozialistischem Gruß
Der Bezirksvorstand der SPD. Ostsachsen.
J. A.:
Soz. Bezirkssekretariat für Ostsachsen.
Arthur Rüdiger.

Wir haben zu diesem Schreiben bereits am 30. März Stellung genommen und nachgewiesen, daß die SPD.-Führer die Einheitsfront nicht wollen. Die Ablehnungsgründe sind geheucht und sehr dürftig. Wollten die SPD.-Führer eine Einheitsfront, dann konnten und dürften sie dieselbe nicht mit solch lahmen Ausreden zerschlagen.

Die KPD. hat deswegen am 1. April nochmals an die SPD. geschrieben und gezeigt, daß sie die Einheitsfront wirklich will. Die Bezirksleitung der KPD. übersandte nochmals folgenden Brief:

Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Ostsachsen.
Dresden, Marschallstr. 10, I, den 1. April 1926.

An
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Ostsachsen
Dresden.

Werte Genossen!

Von dem Inhalt Eures Schreibens vom 30. 3. 26 haben wir Kenntnis genommen und stellen fest, daß unsere Forderung auf Durchführung einer gemeinsamen Kundgebung am 1. Mai nicht aus parteipolitischen Gründen erhoben wurde, sondern daß es im Interesse der gesamten Arbeiterklasse liegt, den scharfmacherischen Plänen der Luther-Regierung eine geschlossene Arbeiterfront entgegenzusetzen. Ihr begründet Eure Ablehnung damit, daß Ihr versucht, die KPD. als Verleumderin hinzustellen. Auch hier muß festgestellt werden, daß die Erklärung der Bezirksleitung Ostsachsen in der Frage der gemeinsamen Sammlungen bei dem Volksbegehren auf Wahrheit beruht. Nicht an der KPD. lag es, daß es nicht zur Herausgabe der gemeinsamen Sammellisten kam, sondern die Bezirksleitung der SPD. lehnte nach längeren Verhandlungen einheitliche Sammellisten ab. Die KPD.-Bezirksleitung Ostsachsen steht auf dem Standpunkte, daß Eure Begründung der Ablehnung der gemeinsamen Kundgebung nicht stichhaltig ist, sondern daß Ihr, gezwungen durch die Haltung der rechten Sozialdemokraten im Dresdner Ortsausschuß des ADGB., eine gemeinsame Kundgebung ablehnt. Ihr stellt Euch hiermit in den Gegensatz zu Eurer Parteimitgliedschaft in Ostsachsen, welche in einer ganzen Reihe von Orten und Bezirken einheitliche Maikundgebungen mit den Gewerkschaften und der KPD. beschlossen hat. Wir ersuchen Euch nochmals im Interesse der werktätigen Bevölkerung Groß-Dresdens, Euren Standpunkt aufzugeben und eine gemeinsame Kundgebung mit uns durchzuführen. Wir schlagen Euch vor, zur Einleitung der Kundgebung einen gemeinsamen Aufruf mit folgenden Forderungen:

Kampf für den Achtstundentag, Erhöhung der Löhne, Ausbau der sozialen Fürsorge und Gesetzgebung, Erhöhung der Unterstützung der Sozialrentner und Kriegsopfer, für entschädigungslose Enteignung der Fürsten!

Kampf gegen die sächsische Landtagsmehrheit und den von ihnen eingebrachten arbeiterfeindlichen Gesetzesvorlagen

herauszugeben.

Am 1. Mai gemeinsame Demonstrationen durch die Stadt nach den Elbwiesen. Dortselbst Ansprachen sozialdemokratischer und kommunistischer Redner.

Genossen! Bedenkt, welche Verantwortung Ihr trägt, wenn Ihr im Interesse der Arbeiterfeinde eine einheitliche Kundgebung der Dresdner werktätigen Bevölkerung vereitelt. Ersuchen um Mitteilung bis spätestens 7. April 1926.

Mit kommunistischem Gruß
i. A.: M. Schneider.

Aus dem Schreiben kann die Arbeiterschaft ersehen, wo die Schuld an der Ablehnung liegt. Die Arbeiter müssen und werden die Sabotage der Führer brechen und die Einheitsfront erkämpfen.

Amtliche Bekanntmachungen

Brand-Erbisdorf

Die Aufnahme der Schulanfänger erfolgt Montag den 12. April,
und zwar in der Schule des Ortsteils Brand
vormittags 10 Uhr in Zimmer 3,
und in der Schule des Ortsteils Erbisdorf
nachmittags 2 Uhr in Zimmer 2.

Die werten Eltern bitte ich hierdurch höflichst, den Kleinen etwa zugedachte Tüten erst in der Wohnung überreichen zu wollen.

Der Leiter der Volksschule.

ZEISS
Punktal-Gläser
Carl Zeiss Jena
Otto Reuscher
Staatl. gepr. Optiker - Pirna - Fernspr. 921
Lieferant sämtlicher Krankenkassen

DAS ZÜNDHOLZ
DES GENOSSENSCHAFTERS!
Zu haben in allen Verteilungsstellen
des
Konsumvereins
Vorwärts
Warenabgabe nur an Mitglieder

Nähmaschinen
In Marken für Haus u. Gewerbe verkauft gegen 3 M. Wochenrate. Auf Wunsch ohne jede Anz. Offerten unt. A. 110 an die Exped. d. Bl.

ANZEIGEN
haben den denkbar besten Erfolg in der
ARBEITERSTIMME

Damen
empfiehlt Spülapparate, Spülkannen, Leibbinden, Schläuche sowie sämtl. hyg. Frauenartikel
R. Freisleben
Postplatz
Man achte auf Firma!

Vorwärts
Abgabe nur an Mitglieder
Feinstes amerikanisches
Schweineschmalz
— garantiert rein —
nicht zu verwechseln mit dem von uns nicht geführten minderwertigerem, ausländischen Schweineschmalz
Pfund 94 Pfennig
Konsumverein
Vorwärts

Aus dem Lande Lenins

Moskau

Erst wenn man von Rußland nach Deutschland zurückgekehrt ist, kommt einem wieder zum Bewußtsein, daß nicht nur mit uns sympathisierende Arbeiter, sondern auch Parteigenossen zum Ausdruck bringen, daß vielleicht doch irgend etwas über Rußland zu verschweigen wäre. Und dies ist auch ganz begreiflich. Nach der unerhörten Hetze, die in den letzten Jahren gegen die russische Arbeiterschaft getrieben hat, kann man verstehen, daß diese Stimmung immer noch Nachwirkungen hat. Wohl hat die Arbeiterdelegation in dieser Beziehung sehr klärend gewirkt, und doch ist noch gegen sie von ihren Parteigenossen der Vorwurf erhoben worden, sie hätten sich da drüben bestechen lassen. Wie lächerlich dies alles ist, kommt einem erst in Rußland selbst zum Bewußtsein.

Wie ist der erste Eindruck? An der russischen Grenzstation steht ein schmutziges Holzhäuschen. Rotarmisten halten Wache, Rotarmisten kommen in den Zug, um die Pässe zu kontrollieren. Nach diesem Moment wurde nicht nur für mich, sondern auch für alle anderen Genossen alles zu einer Selbstverständlichkeit. Von nun an ist abgetan jede Polizeiwillkür, jede Schikane des kapitalistischen Staates.

Ankunft in Moskau. 17 Grad Kälte. Wenn nicht die ungeheuren Schneemassen, die unzähligen Schlitten und die fast durchweg aus Pelzen und Pelzmützen bestehende Kleidung wäre, könnte vielleicht der Eindruck entstehen, daß man sich in einer europäischen Großstadt befindet. Ueberall flutet reges Leben und vergebens sucht man in den ersten Tagen nach den Zusammenhängen, nach welchen dieses Leben durch die „rote Diktatur" beeinflußt wird. Erst nachdem man in den Betrieben, in den Zellen und in all den unzähligen Organisationen einen, wenn auch noch so kurzen Einblick bekommen hat, begreift man nach und nach, welche Planmäßigkeit in allem herrscht.

Man begreift aber auch, daß antikommunistische Elemente, ganz gleich welcher Schattierung, niemals erfassen können, worauf eigentlich die unerschütterliche Macht der Sowjetherrschaft beruht.

Ich hatte Gelegenheit, im Marx- und Engels-Institut mit einem deutschen bürgerlichen Gelehrten darüber zu sprechen. Er war seit drei Monaten in Moskau und ich stellte ihm die Frage, welchen Eindruck er hier gewonnen habe. Seine Antwort war folgend:

„1. Man schämt sich hier des blöden Schwindels, welcher in Deutschland über die hiesigen Verhältnisse verbreitet wird.

2. Für mich ist dieses Land mit all seinem Leben bis jetzt noch ein ungelöstes Rätsel. Ich habe den Eindruck, daß es für

mich unmöglich sein wird, jemals die innersten Zusammenhänge zu erkennen."

Auf meine weitere Frage, ob er in diesen drei Monaten feststellen konnte, ob auf bestimmten Gebieten Fortschritte gemacht worden sind, antwortete er:

„In diesen drei Monaten meines Hierseins hat sich Moskau grundlegend verändert. Zuerst glaubt man, nirgends gehe es vorwärts, und erst nach einiger Zeit erkennt das geschärfte Auge geradezu beispiellose Fortschritte."

Dieses Urteil kann man von allen dort Anwesenden hören, welche sich nur einigermaßen bemühen, die Dinge objektiv zu sehen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Unkenntnis der Sprache ein Hindernis bedeutet, welches ein tieferes Eindringen nicht immer ohne weiteres gestattet. Aber in Moskau selbst sind so viel deutschsprechende Einwohner, die immer gern bereit sind, sofort Aufschluß zu geben über alle Fragen.

Und die Verheimlichung irgendwelcher Mißstände? Nun, wir haben Stunden gehabt, wo wir recht sehr ermüdet waren und nach langem Schauen abwinkten, wenn uns die Genossen noch mehr zeigen wollten. Aber das Abwinken nutzte meistens nichts, wir mußten uns mißliche Verhältnisse anschauen, welche wir nicht kennengelernt hätten, hätten die russischen Genossen ganz einfach unsere Müdigkeit berücksichtigt.

Aber immer wieder betonten sie, daß sie Wert darauf legen, allen Delegationen gerade das zu zeigen, was noch schlecht ist. „Wir wollen euch nicht nur das Gute zeigen. Nein, ihr sollt gerade das sehen, was bei uns noch schlecht ist. Und wir hoffen auch, daß ihr in der Heimat über alles berichtet. Wir haben kein Interesse daran, daß irgend etwas schön gefärbt wird. Nur wenn die Arbeiter in den anderen Ländern erfahren, mit welchen Schwierigkeiten wir zu kämpfen haben, werden sie uns erst recht verstehen."

Und das ist richtig. All dies hohle Geschwätz der Antibolschewisten über russisches Bettlerunwesen, Bettelkinder, Rückkehr zum Kapitalismus usw., zeigt nur, daß man sich absolut keine Mühe geben will, die jahrhundertelange Knutenherrschaft des Zarismus und die darauf zurückzuführende Rückständigkeit eines großen Teiles des russischen Volkes in Rechnung zu stellen. Man will den Arbeitern in Deutschland nicht klar werden lassen, welch ungeheure Arbeit die Bolschewisten zu leisten haben, um die Auswirkungen der Zarenzeit zu beseitigen.

Man muß sie aber gesehen haben, die Proleten, die vor zwei und drei Jahren vielfach Analphabeten waren, und die jetzt ernsthaft sitzen und schreiben, diskutieren über die Möglichkeiten, wie man die Produktion verbessern kann, wie man die Organisationen noch besser ausbauen muß, um die gewonnene Freiheit der Arbeiterschaft sicherzustellen gegenüber der angriffsbereiten internationalen Bourgeoisie.

Hoffentlich wird die nächste Zeit den Zustrom der Delegationen nach Sowjetrußland immer mehr vergrößern und damit jede Hetze gegen den ersten Arbeiterstaat der Welt vollständig unterbinden.

Besuch im Nachtsanatorium

Moskau, den 28. Febr. 1926.

Wenn ich in meinem letzten Brief schon darauf hingewiesen habe, daß für die Lebenshaltung des russischen Arbeiters bestimmend ist die Gegenüberstellung der Löhne und der Preise der entsprechenden Bedarfsartikel, sondern daß die Sozialleistungen aber der entscheidende Faktor ist, so erhärtet das in hervorragender Weise die Besichtigung der in Frage kommenden Institute immer mehr.

Neben der Tatsache, daß die Mieten sich nach der Gehalts- und Lohnhöhe regeln sowie die Verbilligung der Lebensmittel und sonstigen Bedarfsgegenstände durch die Betriebe und gewerkschaftlichen Organisationen sind ausschlaggebend dafür, daß wir aber eine Einrichtung zu sehen bekommen, die die logische Struktur des Sowjetstaates vielleicht am schärfsten [illegible]

Eine Zwangsversicherung gab es in Rußland bis zur Revolution nicht, und es war eine der wichtigsten Aufgaben der Bolschewisten, hier Wandel zu schaffen. Diese neugeschaffene Sozialversicherung unterscheidet sich im wesentlichsten von der deutschen dadurch, daß vom Lohn und Gehalt keine Beiträge erhoben werden, sondern daß die Unternehmungen die Finanzierung durchführen müssen, und daß weiterhin der Arbeiter in seinem Gehalt bei Krankheit nicht geschmälert ist, sondern seinen Lohn weiter bezieht. Die Schikanen, denen der deutsche Arbeiter vielfach durch die Krankenkasse, zum großen Teil durch reaktionäre Kräfte und durch den Unternehmer ausgesetzt ist, wenn er krank wird, sind dem russischen Arbeiter unbekannt.

Darüber hinaus ist natürlich wichtig, zu wissen, was mit denjenigen geschieht, die wohl kränklich sind oder Ansätze zur Krankheit haben, die im übrigen aber noch arbeitsfähig sind. In „gesundeten" Deutschland sind oft gerade diese am schlimmsten dran. Der Arzt konstatiert ganz einfach, daß sie arbeitsfähig sind, und mit manchmal recht fragwürdigen Medikamenten wird der Kranke abgespeist, ohne ihm die Möglichkeit zu geben, die Keime der Krankheit wirklich zu beseitigen. In Rußland dagegen hat man erkannt, daß man vor allen Dingen vorbeugen und dem Kranken die Möglichkeit geben muß, seine Arbeitskraft zum Nutzen der Allgemeinheit entsprechend zu schonen und zu erhalten.

In dem von uns besichtigten Nachtsanatorium sind 29 Spezialärzte angestellt, hauptsächlich für Tuberkulose und Kehlkopfkrankheiten. Für Männer und Frauen stehen je 60 Betten in großen luftigen Räumen zur Verfügung. Ueber 100 weitere Betten für Kinder und eine große Anzahl von Liegestühlen in der Freilufthalle.

Der Arbeiter im Betrieb, wenn er sich krank fühlt, wird vom Betriebsarzt, falls er nicht ganz ausspannen muß, an das Nachtsanatorium überwiesen. Hier wird er wiederum auf das peinlichste untersucht und kann dann je nach dem Stadium seiner Krankheit auf die Zeit von zwei Monaten aufgenommen werden, d. h. er kann in dieser Zeit jede Nacht dort schlafen.

Jeden Tag nach Arbeitsschluß geht er dort zur Untersuchung, nimmt täglich sein Bad und bekommt dann sein Abendessen. Nach dem Bad wird seine Kleidung in einem Garderobeschränkchen aufbewahrt, und dafür bekommt er für die Nacht eine Anstaltskleidung, die er morgens wieder ablegt. Dies zu dem Zweck, damit der gereinigte Körper auch eine frische Gewandung bekommt und so die Wirkung des Bades nicht illusorisch gemacht wird. Nach dem Abendessen tritt die vom Arzt verordnete Ruhezeit ein, welche der Kranke entweder im Schlafraum oder in der Freilufthalle verbringt. Nach diesem steht ihm der Unterhaltungsraum zur Verfügung, wo er sich mit Literatur und Gesellschaftsspielen die Zeit vertreiben kann. Während seines Aufenthaltes im Heim wird sein Zustand dauernd kontrolliert vom Arzt und dessen Helfer. Alles, was er hier bekommt und verbraucht, erhält er unentgeltlich.

Es ist ganz klar, daß die Zahl der Aufnahmesuchenden jetzt noch weit größer ist, als die Aufnahmefähigkeit dieser Anstalten. Zur Zeit bestehen in Moskau 16 solcher Nachtsanatorien, davon ist das von uns besichtigte das größte. Aber dauernd werden neue ins Leben gerufen. In den Betrieben und Organisationen bestehen sogenannte Gesundheitszellen, die von den Betriebszellen ins Leben gerufen worden sind. Die Mitgliedszahl der gesamten Gesundheitszellen beträgt gegenwärtig in Moskau 30 000. Diese haben die Aufgabe, den Gesundheitsdienst zu organisieren. Sie üben die Kontrolle über die Tätigkeit der Aerzte im Betrieb und in den Anstalten aus. Mit ihrer Hilfe werden die Bedürftigsten herausgesucht.

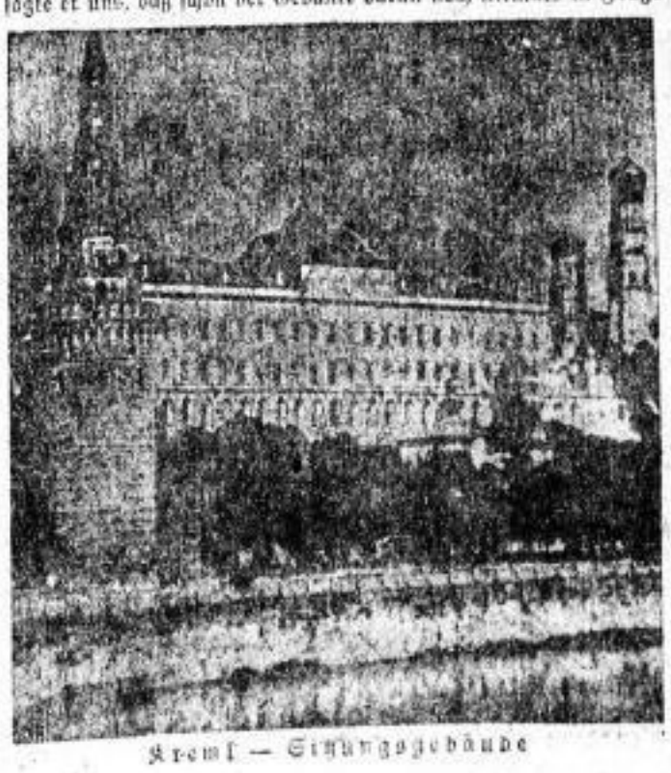
Im Klubraum saß gerade eine solche Kommission bei der Arbeit. Ein Dutzend Männer und Frauen, darunter ein Arzt und eine Aerztin. Der Oberarzt der Anstalt sprach deutsch und erklärte uns alles bereitwilligst. Auf unsere Frage nach der Zusammenarbeit der Aerzte mit der Kommission bedauerte er nur, daß wir infolge der sprachlichen Schwierigkeiten nicht imstande seien, uns selbst davon zu überzeugen, wie reibungslos alles vor sich gehe. Aber schon die Einfachheit der Aerzte, sowie der Ernst der Kommissionsmitglieder, die dort um den runden Tisch herumsaßen, zeigte uns, daß beide sich in einer großen Aufgabe zusammenfanden, die keine Nichtigkeiten aufkommen ließ.

Der Klubraum war, wie überall, mit einer Bühne versehen, die bei Unterhaltungsabenden ihre Verwendung fand. Auch die Leninecke fehlte selbstverständlich nicht, sie war von den Insassen der Anstalt künstlerisch ausgestaltet. An den Wänden waren Bilder angebracht, die die Bedeutung der Hygiene den Arbeitern in einfachster Weise klarmachten.

Die Aufgaben des Gesundheitsdienstes sind aber damit noch lange nicht erledigt. Bei der herrschenden Wohnungsnot spielt die Frage der Wohnungsverteilung eine wichtige Rolle. Der Moskauer Sowjet läßt dauernd Arbeiterwohnungen herstellen, die Verteilung aber geschieht durch den Gesundheitsdienst. Nach sorgfältiger Prüfung bekommen diejenigen Kranken, die die schlechteste Wohnung haben, eine neue Behausung zugeteilt.

Wie wäre es, wenn man dieses System bei uns einführen würde?

Am Schluß unseres Besuches stellten wir an den Oberarzt noch verschiedene Fragen. Uns interessierte vor allem, ob die Zugehörigkeit zu einer politischen oder gewerkschaftlichen Organisation bei der Aufnahme in das Heim eine Rolle spiele. Lächelnd sagte er uns, daß schon der Gedanke daran noch niemals in Frage



Kreml — Sitzungsgebäude

gezogen worden wäre. Nur der Gesundheitszustand und die Zugehörigkeit zur arbeitenden Klasse bildet die Grundlage für die Behandlung. Zur arbeitenden Klasse gehören in Rußland selbstverständlich alle, die überhaupt nutzbringende Arbeit verrichten, gleichgültig, ob Hand- oder Kopfarbeiter. Weiter interessierte uns, wie er und die anderen Aerzte zur Kommunistischen Partei stehen. Darauf erzählte er etwas ausführlicher seine Entwicklung. Lassen wir ihn selbst sprechen:

„Seit zwanzig Jahren bin ich schon Arzt. Also schon unter dem Zarismus. Damals war diese Anstalt ein mehr philantropisches Institut. Von einer Volkshilfe war damals nirgends eine Spur zu finden. In der Revolution war ich in der Roten Armee tätig. Dann bekam ich die Aufgabe, dieses Nachtsanatorium zu leiten. Leider bin ich noch nicht Mitglied der Kommunistischen Partei. Schon lange ist dies mein sehnlichster Wunsch. Ich stehe aber jetzt gewissermaßen erst auf der Vorstufe zum Kandidaten. Dann muß ich zwei Jahre Probezeit durchmachen, und erst danach hoffe ich, die Mitgliedschaft erwerben zu können. (Unsere Genossen in Deutschland können daraus ersehen, welches Ansehen unsere Partei hier besitzt. Vielleicht erklären sich aus diesem auch die sozialdemokratischen Arbeiter, warum die russische Kommunistische Partei zahlenmäßig noch nicht stärker ist.)

Unter meinen Aerzten ist nur ein Kommunist. Aber die Mehrzahl meiner Kollegen hat den gleichen Wunsch wie ich. Keiner aber ist irgendwie gegen die Kommunistische Partei eingestellt, weil ja an dem, was von der Partei geleistet wird, auch nicht das Geringste auszusetzen ist. Es ist nicht ausreichend, wenn man sagt, was die Kommunistische Partei tut, ist gut, man muß schon sagen, alles was sie tut, ist recht."

Als wir ihm beim Abschied zum Dank für seine Arbeit die Hand geben wollten, bedeutete er uns mit dem russischen Gruß des Handaufhebens: „Nicht die Hand geben, sondern so — Immer bereit!"

Wann werden die deutschen Arbeiter begreifen, was diesen russischen Intellektuellen schon längst in Fleisch und Blut übergegangen ist, nämlich:

Bereit sein ist alles!

★

Kinderelend in Sowjetrußland

Durch die Arbeiterdelegationen nach Rußland ist es immerhin gelungen, den bürgerlichen und sozialdemokratischen Lügenmeldungen über die dortigen Zustände die Spitze abzubrechen. Aber immer wieder wird, wenn auch in abgeschwächter Weise, versucht, Stimmung gegen Rußland zu machen. So brachte die „Dresdner Volkszeitung" am 27. Januar 1926 folgende Notiz unter obiger Ueberschrift:

„Frau Krupskaja, Lenins „revolutionäre Witwe", richtet in der „Prawda" scharfe Angriffe gegen das russische Volksbildungskommissariat. Sie erklärt, daß die Kinder in den Asylen zu förmlichen Banditen erzogen werden. In den Straßen Moskaus irren 80 000 Bettler umher und werden von der Miliz wie tolle Hunde gejagt, aber auch auf die vagabundierenden Kinder, die die Straßen füllen, wird Jagd gemacht. Diese Kinder, sagt Frau Krupskaja, sind aber nicht das Produkt früherer Mißstände, sondern ein Produkt der Gegenwart — der Arbeitslosigkeit und vor allem der bäuerlichen Verarmung. Man fängt die Kinder ein und stopft sie in die Asyle, die mit ihrer stinkenden Uebelkeit erregenden Atmosphäre die Kinderseele abtöten. Aus diesen „Engelfabriken" brechen die Kinder genau so aus wie Verbrecher aus den Kerkern und streben nach dem Süden, wo es warm ist, wo aber auch wieder genau so Jagd auf sie gemacht wird. Wieder werden sie in Asyle gesperrt, und aus diesen Schreckensorten brechen schließlich nicht nur die Kinder aus, sondern auch die Verwalter der Asyle, die nicht mehr imstande sind, [illegible]

Elend länger zuzuschauen. Und solcher verwierter, verwilderter Kinder gibt es Hunderttausende."

Der Genosse W. nahm Anlaß, diesen Artikel der Genossin Krupskaja zu übersenden, mit der Bitte, ihm mitzuteilen, was an diesem Artikel stimmt und was hinzugelogen ist. Er erhielt darauf von ihr folgenden Brief:

„Werter Genosse!

Als Anlaß zu dem in der sozialdemokratischen Presse erhobenen Lärm hat scheinbar mein in der „Prawda" vom 2. Dezember veröffentlichter Artikel gedient. Wir Kommunisten haben im allgemeinen die Gewohnheit, von unseren Krankheitserscheinungen offen zu sprechen, ohne irgend etwas zu verhüllen.

Von den 50 000 Obdachlosen, die in den Straßen Moskaus umherstreichen, habe ich nicht gesprochen und konnte ich natürlich nicht sprechen. Aber daß bei uns noch nicht ganz behobene Obdachlosigkeit herrscht, das weiß jeder, und es wäre Heuchelei, wollte man diese Frage mit Schweigen umgehen.

Am 1. Januar 1925 betrug die Zahl der in den verschiedenen Kinderheimen untergebrachten Kinder 228 127. In dieser Zahl ist die den obdachlosen Kindern in anderer Weise geleistete Hilfe nicht mit inbegriffen. Kann man sagen, daß der Staat für die Obdachlosigkeit wenig tut?

Seitdem die örtlichen Budgets die Unterhaltungskosten der Kinderheime übernommen haben, zeigen verschiedene Genossen die Tendenz, die Zahl der Kinderheime zu reduzieren und den Obdachlosen in anderer Form Hilfe zu leisten.

Sind unsere Kinderheime gut oder schlecht? Es gibt gute und es gibt schlechte, wie überall. Sind sie schlechter als die alten Heime? Nein, sie sind sehr viel besser. Das obdachlose Kind duldet weder grobe Behandlung noch gar Körperstrafe. Es verlangt keine sensible, pädagogische Einstellung. Das ist der Kern der Frage. Ein von unserem Standpunkt schlechtes Kinderheim ist vom Standpunkt vieler bürgerlicher Staaten kein schlechtes, sondern ein gutes Kinderheim. Unsere Kinderheime stehen unter öffentlicher Kontrolle. Schon das allein gibt die Garantie, daß eine Reihe pädagogischer Fehler vermieden werden. Wir sind ständig bemüht, die Methoden der Erziehungsarbeit in den Kinderheimen zu heben und zu verbessern, und haben auf diesem Wege schon viel erreicht.

Die „Engelmacherei" ist etwas ganz anderes. Sie war charakteristisch für die Säuglingsheime unter dem alten Regime. Es gibt bei uns keine „Engelmacherei". Wer behauptet, daß ich im Zusammenhang mit unseren Kinderheimen von „Engelmacherei" gesprochen hätte, der lügt.

Unsere Kinderheime sind sehr arm, ihre Werkstätten schlecht ausgerüstet. Auf diesem Gebiete haben wir noch viel zu kämpfen. Das Kommissariat für Volksaufklärung ist bestrebt, möglichst viel materielle Mittel zu erhalten, die Wirtschaftsorgane zur Hilfe heranzuziehen usw. Die Lage ist bei uns so, daß in den Kinderheimen nicht nur Kinder untergebracht sind, sondern auch arbeitslose Jugendliche zwischen 15 und 22 Jahren, der Prozentsatz dieser in den Kinderheimen untergebrachten Jugendlichen beträgt 25 Prozent. Das Kommissariat für Volksaufklärung arbeitet darauf hin, daß diese Jugendlichen in Fabriken aufgenommen werden. Jetzt gelingt es nach und nach, einen großen Teil dieser Jugendlichen mit Arbeit zu versorgen. Ferner ist darüber diskutiert worden, ob es möglich ist, die Kinder aus den Kinderheimen zu entfernen, welche Eltern oder nahe Verwandte haben. Im Zusammenhang damit schrieb ich, daß es noch viele Kinder gibt und noch lange Zeit geben wird, die man in Kinderheimen unterbringen muß.

Wir bauen den Sozialismus auf, aber es wäre Heuchelei, die Augen zu schließen und nicht sehen zu wollen, woran es bei uns noch mangelt, nicht sehen zu wollen, daß 99 Millionen von unorganisierten kleinen bäuerlichen Produzenten gibt. Es bedarf langer Jahre genossenschaftlicher Arbeit, sozialer Fürsorge, damit das Leben in ein anderes Flußbett kommt. Solange wir den Sozialismus bauen, ihn aber noch nicht aufgebaut haben, wird es eine Obdachlosigkeit geben. Wir dürfen die Sorge um die obdachlosen Kinder nicht von uns weisen. Die Hauptkadres der Obdachlosen sind durch den Krieg, die wirtschaftliche Zerrüttung, die Hungersnot geschaffen worden, wir dürfen aber nicht vergessen, daß noch Jahre um Jahre vergehen werden, bis alle negativen Seiten der vom Kapitalismus ererbten und noch nicht bis zuletzt umgeformten Gesellschaftsordnung überwunden sein werden. Um unser Ziel zu erreichen, müssen wir die Nüchternheit des Gedankens bewahren.

Ich denke, wir können wohl sagen, daß wir ehrlich unter Anspannung aller Kraft, gestützt auf die Sowjetordnung, die Obdachlosigkeit bekämpfen. Wir haben viel erreicht, aber wir ziehen es vor, nicht von unseren Errungenschaften zu sprechen, sondern von den Aufgaben, die wir zu lösen haben. Wir hatten einst einen Fabeldichter — Krylow. Er hat eine gute Fabel geschrieben: Eines Abends gingen zwei Männer über den Weg. Aus allen Höfen kamen Hunde auf sie zugesprungen und bellten. Einer der beiden Männer wollte einen Stein heben, um die Hunde zu verjagen.

„Laß das," sagte sein Freund, „geh deines Wegs, die Hunde werden bellen und dann wieder aufhören."

Wir, die Kommunisten der Sowjetunion, gehen im Kampfe gegen die Obdachlosigkeit ebenso wie auf allen anderen Gebieten unserer Aufbauarbeit ruhig unseres Weges, und denken, daß die Hunde, die uns anklaffen, ihr Gebell wieder einstellen werden.

Mit kommunistischem Gruß

N. Krupskaja."

Durch die Gegenüberstellung dieses Briefes zu dem Schreiben der „Dresdner Volkszeitung" kann jeder ehrliche Arbeiter selbst beurteilen, ob man so die Sachen verdrehen darf, ganz gleichgültig, welche Stellung man zu Sowjetrußland einnimmt.

★

Moskauer Streiflichter

Von A. W., Ostsachsen.

Der Unzufriedene

Am Roten Platz ist ein riesiges Gebäude, in welchem das staatliche Universalmagazin (Gum) eingerichtet ist, welches unzählige Abteilungen dort etabliert hat. Wir schlendern umher, um einige Andenken einzukaufen. Während die Genossin, die uns dabei hilft, an die Kasse geht, setzen wir uns an einen Tisch, an welchem schon einige Russen warten. Durch unser Gespräch aufmerksam gemacht, spricht uns plötzlich ein älterer Mann auf Deutsch an. Folgendes Gespräch entspinnt sich.

Er fragt mich, woher ich bin. Auf meine Antwort stellt er mir die Frage:

„Kennen Sie dort den Weißen Hirsch?"

„Selbstverständlich!" sagte ich.

„Dort war ich vor dem Krieg einige Monate zur Erholung."

Dadurch aufmerksam gemacht, horche ich ihn ein wenig aus, da ich annehme, daß er früher bessere Zeiten gesehen haben muß.

„Da müssen Sie aber viel Geld gehabt haben, wenn Sie sich eine Kur in Deutschland auf so lange Zeit leisten konnten. Sie waren wohl früher Fabrikbesitzer?"

Es ist offensichtlich, daß er nicht ganz Farbe bekennen will, und daher antwortet er ausweichend:

„Nun, ich habe Geschäfte gemacht und nicht schlecht verdient dabei."

„Und wie geht es Ihnen jetzt? Was treiben Sie?"

Mißmutig kratzt er sich den Schädel:

„Schlecht, schlecht, wenig Geld, 2 Rubel pro Tag."

„Was arbeiten Sie denn da?" fühlte ich ihn auf den Zahn.

„Nun, meine Tochter strickt Strümpfe, und ich verkaufe sie auf der Straße und bei Bekannten. Aber nicht acht Stunden, sondern 14 Stunden muß sie pro Tag arbeiten, damit wir genügend verdienen."

„Warum geht sie dann nicht in den Betrieb arbeiten, dort verdient sie doch mehr."

„Ach," sagt er, „Betrieb — da kommen nur Kommunisten hinein."

Ich setze ihm sofort auseinander, daß das nicht stimmt. Daß wir uns selbst Betriebe angesehen und uns überzeugt haben, daß sogar wenig Kommunisten in dem Betrieb sind, im Verhältnis zur Gesamtbelegschaft. Und daß wir mit Parteilosen gesprochen haben, Arbeitern und Arbeiterinnen, die sehr zufrieden waren mit ihrem Los.

Dadurch etwas verstimmt, packt er andere Schmerzen aus.

„Na ja, im Betrieb auch nicht gut. Nicht nur 8 Stunden, sondern länger wird gearbeitet."

„Aber das stimmt doch nicht," wende ich ein, „in allen Betrieben ist uns übereinstimmend berichtet worden, daß nur acht Stunden gearbeitet wird, und Schwerarbeiter, Jugendliche usw. noch weniger Arbeitsstunden zu leisten brauchen."

„Bedenken Sie," antwortet er mir sehr schlau, „8 Stunden, dazu noch eine halbe Stunde hin und her."

„So, so, haben Sie das bei ihren Arbeitern, die früher 10 und 12 Stunden arbeiten mußten, auch mit eingerechnet?"

Keine Antwort.

„Wissen Sie auch," fängt er nach einer Weile wieder an, „daß man jeden Abend in die Versammlung gehen muß? Wer nicht kommt, fliegt wieder aus dem Betrieb."

„Auch das habe ich nicht bemerkt. Ich habe im Betrieb selbst beobachten können, daß wohl die Kommunisten aufforderten, in die Versammlung zu kommen, von einem Zwang war aber nirgends etwas zu merken. Im Gegenteil, obwohl der Besuch der Versammlungen ein glänzender war, sind doch niemals alle anwesend. Aber die Versammlungen sind so interessant, daß der größte Teil der Belegschaft freiwillig hinkommt."

Nachdenklich stiert der Unzufriedene auf den Tisch.

„Aber wissen Sie," beendigt er plötzlich unsere Unterhaltung, indem er sich gleichzeitig erhebt, „so schlecht, wie immer erzählt wird, ist es in Deutschland doch nicht. Aus den Zeitungen weiß ich, daß dort wenigstens Ordnung ist. Hindenburg ist zwar ein alter Mann, aber er arbeitet sehr tüchtig. Das deutsche Volk kann sich beglückwünschen, einen solchen Mann an der Spitze zu haben."

Damit verschwindet er.

Lächelnd schaue ich ihm nach. Armer Bourgeois. Deine Hoffnung nach „Ordnung" in Rußland, wie sie sich in deinem Kopf ausmalt, kannst du ruhig zu den Akten legen. Die russische Arbeiterschaft ist sehr zufrieden mit der jetzigen Ordnung und hat keine Sehnsucht nach dem Knutenregiment der Zarenzeit.

★

Besuch in Dulowo

Moskau, den 7. März 1926.

„Genosse, kannst mit mir morgen in eine Frauenversammlung eines Porzellanbetriebes gehen, es soll eine kleine Feier abgehalten werden anläßlich des Internationalen Frauentages. Die Genossinnen möchten gern einen deutschen Delegierten hören."

Der Genosse, welcher mich so ansprach, war in der „Prawda" tätig, deren Zelle das Eigentum über den Betrieb und der damit verbundenen Arbeiterkolonie hat. Sie hat damit die Pflicht übernommen, die Genossen in ihrer Arbeit zu unterstützen, ihnen eventuell Referenten zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich sagte ich gern zu, da der Sonntag ja ohnehin frei war und ich jede Möglichkeit, ein neues Stück Leben der russischen Arbeiter kennenzulernen, immer freudig begrüßte. Allerdings hatte ich keine Ahnung, wo der Betrieb lag. Ich nahm aber an, daß er sich in Moskau befindet. Na, diesmal hatte ich mich aber gründlich verrechnet.

Am anderen Morgen Punkt acht Uhr holte mich der Genosse ab. Im Auto saß schon ein italienischer Genosse, welcher auch eingeladen war. In 20 Minuten war der Bahnhof erreicht, und nun ging mir schon ein Licht auf, daß es diesmal weiter gehen sollte.

Der Zug war schon vollbesetzt, in der Hauptsache Arbeiter, welche in Moskau beschäftigt sind und auswärts wohnen, und nun den Sonntag daheim verbringen wollen. Dazwischen Ausflügler, einige Rotgardisten und Geschäftsleute. Wenn nicht die Pelzmützen und pelzgefütterten Mäntel wären, könnte man glauben, in einem deutschen Wagen zu fahren. Ein neuzeitlicher Wagen mit breiten, bequemen Sitzen und einer Sauberkeit, die angesichts der russischen Verhältnisse sich durchaus sehen lassen kann.

Immer gibt es Abwechslung. Die herrliche Schneelandschaft wird in engen Abständen unterbrochen durch Dörfer, in denen immer zwischen den kleinen strohbedeckten Hütten neue Bauten auch hier den Fortschritt auf dem Gebiete des Wohnungswesens anzeigen. Auch im Wagen wird es nicht langweilig. Musikanten und Sänger ziehen durch und immer werden ein paar Kopeken spendiert. Auch der Betteljunge, welcher dem guten Herzen der sozialdemokratischen Redakteure in Deutschland schwere Sorgen bereitet, ist plötzlich da. Im intelligenten Gesicht ein verschmitztes Lächeln, trägt er ein paar Gassenhauer vor, welche sein Publikum mit gutmütigem Lachen quittiert. Auch er ist nicht umsonst aufgetreten. Als er mitten in seinem Lied steckt, erscheint plötzlich der Kontrolleur, und mit einem „Oil" verschwindet er schnellstens unter allgemeinem Schmunzeln der Fahrgäste.

Dann kommen die Zeitungsverkäufer, Jungens von 10—14 Jahren. Ihr Geschäft geht am besten. Von überallher ertönen die Rufe nach Zeitungen. Die „Prawda" hat jetzt schon in Moskau und Umgegend eine Auflage von über einer halben Million. Daneben werden noch eine Reihe von kleineren Zeitungen herausgegeben, welche in einfacherer Form auch den noch ungeschulten Lesern das notwendigste Wissen beibringen.

Drei Stunden dauert so unsere Fahrt. Am Bahnhof steht schon ein Bauernschlitten bereit, um uns in einstündiger Fahrt nach Dulowo zu bringen. Eine solche Schlittenfahrt hat einen ganz besonderen Reiz. Der niedrig, aber breit gebaute Schlitten hat Platz für drei Personen. Vor uns der breitschultrige Bauer. In ziemlich scharfem Tempo geht es durch die Dörfer. Drei Schlitten, die das gleiche Ziel haben wie wir, hinter uns her. Die Mitte des Weges ist ausgetreten durch die Pferde und hat so die Form einer Furche angenommen. Abwechselnd liegt immer die eine Kufe des Schlittens in dieser Furche und unsere Körper befinden sich dauernd in anderer Lage, einmal auf der rechten, dann wieder auf der linken Seite. Metertiefe Löcher werfen uns einmal nor und einmal zurück. Einige Dörfer mit großen Fabriken durchfliegen wir so. In anderen wieder drücken schön ausgebaute Kirchen dem Dorfe ihren Stempel auf.

In Dulowo angekommen, empfängt uns der Sekretär der Zelle mit einigen Genossen.

Die Porzellanfabrik beschäftigt jetzt 3500 Arbeiter; davon sind etwa 800 Frauen und Mädchen. In der Zelle sind 124 männliche und 32 weibliche Organisierte, dazu kommen 34 Kandidaten. Außerdem besteht ein Jugendverband von 200 jungen Arbeitern und Arbeiterinnen. Das ganze Dorf, welches sich um die Fabrik herumgruppiert, hat über 10 000 Einwohner. Die verhältnismäßig geringe Zahl der Kommunisten erklärt sich aus der Lage des Ortes, welcher zirka 60 Kilometer von Moskau entfernt liegt. Aus diesem Grunde besteht hier ein großer Prozentsatz der Bevölkerung aus Dorfbewohnern, welche vielfach ganz einfach ihr Dorf verlassen, alles stehen- und liegengelassen haben, um in der Fabrik arbeiten zu können. Dies hat selbstverständlich zur Folge, daß die Arbeit der Kommunisten unter dieser Bevölkerung bedeutend schwerer ist als in der Großstadt. Desto größer sind die Leistungen dieser Zelle zu veranschlagen. Man kann alle diese Arbeit auf den verschiedensten Gebieten nur schätzungsweise bewerten, da man sich nur aus den Erzählungen der verschiedenen Genossen ein Bild davon machen kann, wie es noch vor wenigen Jahren hier ausgesehen hat. Nur derjenige, welcher entweder schon längere Zeit in Rußland ist oder hin und wieder hierherkommt, kann wirklich ermessen, was in dieser Zeit geleistet worden ist. Ueberwiegend aber sagen alle, daß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens der Fortschritt in riesigem Ausmaße zu sehen ist.

So auch hier. Große Mietkasernen aus der Zarenzeit beherbergen in kleinen, niedrigen, dumpfen Räumen jetzt noch bis zu zehn Familien. Noch vor einem Jahre waren in diesen Räumen bis zu 15 Familien untergebracht. Im letzten Jahre aber wurden schon für über 200 Menschen neue Wohnungen geschaffen, und wenn nicht Hindernisse auf allen Seiten sich fast unüberwindlich auftürmten, wäre dieses Wohnungselend ja diesem Orte schon längst liquidiert.

Wir sehen uns die neuerstellte Kolonie an. Etwa zehn Minuten vom Dorfe entfernt, mitten im Walde stehen schmucke Holzhäuser für je zwei Familien eingerichtet. Diese Häuser können in jeder Beziehung mit dem Typ der deutschen Siedlungen verglichen werden. Die Bewohner, welche erst vor wenigen Tagen eingezogen waren, strahlen vor Freude und zeigen uns bereitwilligst alle Räume. Sie sind aus einer erbärmlichen Lage direkt in moderne Wohnverhältnisse gewechselt. Und ihre Bemühungen, den Mangel an Möbeln durch selbstgefertigte primitive Gegenstände, Bilder und Dekorationen zu ersetzen, ist geradezu packend.

Doch wir haben nicht viel Zeit. Zu viel muß in wenigen Stunden besichtigt werden, um möglichst alles zu sehen.

Wir gehen nach dem Kinderheim und dem Nachtsanatorium. Beide Heime sind heute der Allgemeinheit anläßlich des Internationalen Frauentages übergeben worden. Das letztere arbeitet genau so, wie ich in einem Brief über das Moskauer Nachtsanatorium schon geschrieben habe. Natürlich in kleinerem Maßstabe. In das Kinderheim bringen die arbeitenden Mütter während der Arbeitszeit ihre Kinder, zwei geprüfte Kindergärtnerinnen stehen dort zur Verfügung. Sie zeigen uns begeistert von ihrem neuen Arbeitsfeld alle Einrichtungen.

Alles ist wie überall nach modernsten Gesichtspunkten eingerichtet. Eine peinliche Sauberkeit zeigt, wie der russische Arbeiterstaat seine neue Generation erziehen will. An den Wänden zeigen Bilder, wie die Mütter ihre Kinder behandeln müssen, denn das Heim soll nicht nur der Erziehung, der Betreuung der Kinder und damit der Entlastung der Mutter dienen, sondern es soll zu gleicher Zeit die Mütter schulen in der Behandlung ihrer Kinder.

Auf dem Wege nach der Kooperative kommen wir an der Kirche vorbei, welche kurz vor der Revolution von dem früheren Besitzer der Fabrik erbaut wurde. Jedenfalls glaubte er damit die Wohnungsnot, das Kinderelend und alle anderen Krankheitserscheinungen seiner verfetteten Klasse beseitigen zu können. Aber die Revolution machte ihm einen Strich durch die Rechnung, und nur noch die Türe fehlt an dem heiligen Gebäude. Diese ist einstweilen durch eine Bretterwand ersetzt worden. Der Zellensekretär bedeutete uns, daß sie bisher noch keine Zeit gehabt hätten, sich um die Kirche zu kümmern. Sie hatten Wichtigeres zu tun. Immerhin wollen sie versuchen, einen Klubraum oder etwas Aehnliches darin einzurichten. Aber die unsinnige Bauweise des Gebäudes, welche ja nur den himmlischen Angelegenheiten dienen sollte (damit der Patron währenddem desto besser den irdischen Genüssen frönen konnte), schließt fast jede Möglichkeit der Ausnutzung für praktische Zwecke aus.

Nachdem wir so eins nach dem anderen angesehen haben, folgen wir der Einladung der Genossinnen, an ihrem „Bankett" teilzunehmen. Der Internationale Frauentag bedeutet für sie wirklich einen Feiertag. Nach dem Gesetz sind sie am 8. März verpflichtet, nur sechs Stunden zu arbeiten. Die Arbeiterinnen haben aber einstimmig beschlossen, volle acht Stunden zu schaffen und den Verdienst der zwei Stunden an die Kommission abzuliefern, welche sich zur Aufgabe die Bekämpfung des Kinderelends in Rußland gestellt hat.

Das „Bankett" findet in den Räumen des gemeinschaftlichen Gasthauses statt. In diesem haben die Arbeiter die Möglichkeit, ihr Mittag- und Abendbrot auf billigste Weise einzunehmen. Mit freudigen Zurufen empfangen uns Hunderte von Frauen und Mädchen. Alle haben je einen Rubel spendiert und dafür haben sie heute freie Verpflegung und Unterhaltung. Bald sind wir mitten in der „Arbeit".

Immer sind wir umringt von Arbeiterinnen, ganz gleich, ob wir sitzen oder stehen. Der italienische Genosse und ich müssen tausenderlei Fragen beantworten: über die Zustände bei uns, vor allen Dingen über das Leben der Arbeiterinnen und über den Stand unserer politischen Arbeit; ob unsere Frauen und Mädchen sich auch am politischen Leben beteiligen, wie sie leben, ob sie auch den Frauentag feiern usw.

Der Zellensekretär, welcher ein ziemlich gutes Deutsch spricht und dazu über ein paar Brocken Französisch verfügt, muß unter viel Mühe die Antworten übermitteln. Doch nicht lange dauert eine solche Unterhaltung. Nach den Klängen der Kapelle wirbeln die Frauen und Mädchen im Saale herum, und immer wieder kommt eine Gruppe zu uns und zieht uns mit ins Gewühl, ob wir wollen oder nicht. Und schon sind wir gezwungen, „russisch" zu tanzen. Na, wir geben uns redliche Mühe und werden ja auch mit stürmischem Jubel belohnt, wenn wir uns nicht gar zu ungeschickt anstellen.

Dazwischen werden kurze, begeisterte Ansprachen gehalten, immer und immer wieder betonen die Rednerinnen, daß wir den Schwestern in Deutschland und Italien erzählen sollen, wie es der russischen Arbeiterin geht, welche Freiheiten sie besitzt. Immer wieder ermahnen sie uns, unsere Arbeit in bezug auf die Organisierung der Frauen in der Heimat zu verstärken. Die werktätigen Frauen sollen endlich auch Delegationen nach Sowjetrußland senden, um sich selbst von dem Zustand zu überzeugen.

Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins

Am Montag, den 29. März, begann im „Prater" in Plauen i. V. die 61. Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins. Ungefähr 120 Vertreter von 75 Bezirkslehrervereinen waren erschienen.

Der 1. Vorsitzende, Gleißberg, eröffnete die Versammlung mit einem Hinweis auf die schweren Kämpfe, welche im vergangenen Jahre die Lehrerschaft um das Reichsschulgesetz, um das Reichsgrundschulgesetz und um die Denkschrift des Ministeriums gekämpft hat, und er zeigte die Gefahren, welche von verschiedenen Seiten her der akademischen Lehrerbildung drohen.

Als erster Redner sprach Lehrer Fröhlich (Chemnitz) über „**Staat und Kirche in ihrem Verhältnis zur Erziehung.**" Für die Lehrerschaft gilt noch heute das alte Ziel: **Trennung von Kirche und Schule.** Im Mittelalter waren Staat und Kirche eng verbunden. Die Reformation sprengte die einheitliche mittelalterliche Weltanschauung. Der Einfluß der Kirche auf den Staat wurde immer geringer. Der Staat verweltlichte, wurde frei vom Einfluß der Kirche.

Dieselbe Entwicklung machte die Schule durch. Im 19. Jahrhundert setzte eine rückläufige Bewegung ein. Die Macht der Kirche und ihr Einfluß auf die Schule nahm zu, der Staat wich zurück. Die Lehrerschaft versuchte mit allen Kräften, diese Entwicklung aufzuhalten. Nur eine **von der Kirche getrennte, geistige Schule** vermag den Aufgaben gerecht zu werden, die die Gegenwart der Schule stellt.

Die Versammlung stimmte einmütig einer Entschließung zu, in der es heißt:

„Das kulturelle Leben der Gegenwart ist völlig weltlich. Die aus den Bedürfnissen und Wertungen der Zeit heraus erwachsenden Bildungs- und Erziehungsaufgaben können nur von einer **Schule, die völlig von der Kirche befreit** in Erfüllung werden.

Die Zeit ist darum reif für eine **völlige Verweltlichung und Verstaatlichung des Schulwesens . . .**

Die Unterhaltung des öffentlichen Erziehungswesens, die Bestimmung seiner organisatorischen Form und seines Lehrplanes, die Ausbildung, Anstellung und Beaufsichtigung der Lehrkräfte ist **ausschließlich Sache des Staates** und muß ohne Rücksichtnahme auf das kirchliche Bekenntnis geschehen.

Zu den Aufgaben der staatlichen Schule gehört die objektive Einführung in das religiöse Kulturgut. **Die Unterweisung in einem Glaubensbekenntnisse dagegen ist Sache der religiösen Gemeinschaften.**

Die Lehrerschaft ruft die Regierung und die Parteien, sich für die Zukunft des deutschen Staates und der deutschen Kultur verantwortlich fühlen, auf, der offenen **und verkappten Konkordatspolitik der letzten Jahre entgegenzutreten** und in der Schulgesetzgebung den Grundsatz der völligen Trennung **von Schule und Kirche durchzuführen . . .**"

Bei der Besprechung des Jahresberichtes sprach Lehrer Wehner (Leipzig) zur **wirtschaftlichen Lage der Volks- und Lehrerschaft.** Hierzu wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

„Die Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins wendet sich gegen jene **Wirtschaftspolitik, deren Ziel es ist, die Löhne und Gehälter zu senken, die Steuerlasten vornehmlich den breiten Volksmassen aufzubürden und jede Preissenkung zu verhindern.** Regierungen und Reichstag haben diesen Bestrebungen keinen wirksamen Widerstand entgegengesetzt . . . Von kommenden Wirtschaftspolitikern erwarten wir, daß der vorhandene wirtschaftliche Notstand in erster Linie durch Steigerung der Kaufkraft der Volksmasse überwunden wird. Darum fordern wir eine **fühlbare Steigerung des Einkommens der Arbeitnehmer.** Steuersenkungen haben zunächst bei den Steuern zu erfolgen, die die leistungsschwachen Schichten des Volkes stärker als andere Gruppen belasten. Beamten- und Lehrerschaft hat im besonderen unter einer Besoldungspolitik gestanden, die auch bei fehlgeschlagenen Besoldungsaktionen jede Erhöhung der Bezüge ablehnt. Weite Kreise auch der mittleren Beamtenschaft sind dadurch in große wirtschaftliche **Bedrängnis** geraten. Wir fordern dringend und eindringlich **sofortige und ausreichende Maßnahmen zur Beseitigung der in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen herrschenden Not** und erwarten von den Spitzenorganisationen, daß sie sich auch weiterhin mit allem Nachdruck für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Volks- und Lehrerschaft einsetzen."

Weiterhin nahm die Vertreterversammlung auch zur Frage der Wohnungsnot. Die Vertreter forderten Regierung und Parlament auf, dem Wohnungsbau die stärkste Förderung angedeihen zu lassen, ein Bodenreformgesetz baldigst zu verabschieden und **die Beträge der Mietzinssteuer — solange diese unsoziale Steuer überhaupt noch erhoben wird — restlos zur Erhaltung und zum Neubau von Wohnungen zu verwenden.**

Gegen die Anfeindungen, denen in der letzten Zeit die akademische Lehrerbildung in einem Teile der Tagespresse, geführt von dem „Leipziger Neuesten Nachrichten" und dem „Dresdner Anzeiger", ausgesetzt war, nahm die Vertreterversammlung einmütig eine Entschließung an, in der die Angriffe, die getragen sind von einem kulturwidrigen Bildungsegoismus und von engherziger Sorge um Standesvorrechte, als unsachlich und bildungsfeindlich zurückgewiesen werden.

Der 2. Verhandlungstag

begann mit der Begründung eines Bildungsplanes für die zehnjährige Volksschule durch Herrn Martin Weise-Dresden.

Das pädagogische Leben der Gegenwart geht auf eine doppelte Wurzel zurück: Auf Ueberlieferung und Lebensbedürfnisse einerseits und auf das Eigengesetz des bildenden Geschehens anderseits. Auch ein Plan für die Bildungsarbeit der Volksschule muß dieser doppelten Bedingtheit der pädagogischen Lebens entsprechen: Er muß sich gründen auf den eigengesetzlich bestimmten Bildungsvorgang, der sich in dem werdenden Menschen vollzieht, und auf die kulturellen Gegebenheiten der Zeit.

4 Bedingungen beeinflussen den Bildungsvorgang: die Natur des Kindes, die Forderung des Gegenstandes, die leitenden Zwecke und Ideale, die Umstände und Formen der Berührung zwischen Kind und Umwelt.

Der Bildungsplan ist durchweg vom Geiste der Arbeitsschule. Dieser ist gekennzeichnet durch die Grundsätze des Kindes- und Entwicklungsgemäßen, des Lebensgemäßen, der Kraftbildung und der Erziehung zur Gemeinschaft. Der Grundsatz des Lebensgemäßen führt zu einem natürlichen Gesamtunterricht. Außerdem wird der Bildungsplan durch das Ideal der weltlichen Schule bestimmt.

Nach dem Schlußwort des Vortragenden stimmte die Vertreterversammlung folgender vom Vorstand vorgelegten Entschließung zu:

„Die Vertreterversammlung stimmt dem vorliegenden Plan als Landesbildungsplan grundsätzlich zu. Eine nochmalige Ueberarbeitung unter Berücksichtigung der Wünsche und Anträge, die in der Vertreterversammlung vorgebracht sind, soll erfolgen. Darüber hinaus sind Musterbeispiele aus verschiedenen Bezirken zu erarbeiten, die nach Durchprüfung im Landeslehrplanausschuß als Ergänzung des Bildungsplanes erscheinen sollen. Die Vertreterversammlung ersucht die Bezirksvereine, für die nächste Zeit die Weiterarbeit am Landesbildungsplan als ihre Hauptaufgabe zu betrachten und das Ergebnis der Bearbeitung an den Vorstand des Landeslehrervereins einzusenden."

Die Neuwahlen zum Landesvorstand ergaben folgendes Resultat: Als 1. Vorsitzender Gleißberg-Dresden (fast einstimmig gewählt), als Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses Hanschel-Dresden und Klemm-Dresden, als Beisitzer Barth-Leipzig, Grimm-Eibenstock, Schmidt-Auerbach, Wehner-Leipzig, Wittler-Chemnitz, Zimmer-Zwickau, Trinks-Rammenau und Schröpel-Plauen.

In einer Entschließung über den Dualismus im sächsischen Schulwesen forderte die Vertreterversammlung erneut, daß auch die Berufsschulen als Teil des gesamten Bildungs- und Schulwesens dem Ministerium für Volksbildung unterstellt werden.

Der 3. Verhandlungstag

begann mit der Behandlung des Antrages des Chemnitzer Lehrervereins, vom Vorstand eine Umfrage unter den Mitgliedern vorzunehmen zu lassen über die Frage der Wiedereinführung der körperlichen Züchtigung, solange als die vom SLV. für Abschaffung der Züchtigungsrechts gestellten Vorbedingungen nicht erfüllt sind. Den Antrag begründete Barth, Chemnitz. Wehner, Leipzig, wandte sich gegen eine Urabstimmung in der Frage der körperlichen Züchtigung und wies nach, daß diese kein zeitgemäßes Erziehungsmittel für die Volksschule ist. Er verlangte mit allem Nachdruck, daß endlich Ernst damit gemacht werde, die für das Züchtigungsverbot unentbehrlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die der allgemeinen Volksschule zugeführten Kinder haben Anspruch darauf, störungslos an der Ausbildung ihrer Fähigkeiten zu arbeiten. Kinder, die sich der normalen Schularbeit nicht einordnen können, bedürfen der Sonderbehandlung, für die der Staat die Kosten aufzubringen hat. Wettig, Leipzig, wandte sich ebenfalls gegen den Chemnitzer Antrag, indem er an zahlreichen Beispielen die Rechtsunsicherheit nachwies, in der sich die Lehrerschaft hinsichtlich der körperlichen Züchtigung befindet.

Die Vertreterversammlung lehnte mit großer Mehrheit die geforderte Umfrage ab und stimmte folgenden **Forderungen des Vorstandes** zu:

1. Die Anordnung der Fürsorgeerziehung muß erleichtert und beschleunigt werden.

2. Schwererziehbare, häuslich vernachlässigte, sittlich gefährdete und der Verwahrlosung ausgesetzte Kinder sind durch besondere heilpädagogische Maßnahmen (Fürsorgeklassen, Tagesheime und ähnliche Einrichtungen) zu erziehen.

3. Für Kinder, die den Unterricht wesentlich stören, ist Isolierung sowie zeitweise der Ausschluß vom Unterricht vorzusehen und Sonderunterricht im Sinne von § 3 Abs. 9 des Ueberjahrgesetzes einzurichten.

4. Eine Verletzung des § 28 des Schul-Bedarfsgesetzes ist durch die Dienstbehörde zu untersuchen und gegebenenfalls zu ahnden. Nur in Fällen, in denen das Bezirksschulamt nach pflichtmäßigem Ermessen eine Verletzung des Strafgesetzes tatsächlich als erwiesen ansieht, ist die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft zu übergeben.

Die nächstjährige Vertreterversammlung behandelt das Thema: „Die Zuchtmittel in der allgemeinen Volksschule."

Zur Offensive der Textilindustriellen

Vor einigen Tagen wurde in der Oeffentlichkeit bekannt, daß von den Unternehmern für die Textilindustrie im Gebiet Sachsen-Thüringen sämtliche Tarifverträge gekündigt wurden. Von dieser Kündigung werden insgesamt 250 000 Textilarbeiter betroffen. Die Textilindustriellen haben schon seit längerer Zeit das Bestreben, die Akkordlohnsätze und die Löhne überhaupt immer noch mehr abzubauen, obwohl in der Textilindustrie die erbärmlichsten Hungerlöhne gezahlt werden. Die Kündigung der Tarifverträge soll bezwecken, **in der gesamten Textilindustrie eine allgemeine Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen.** Die Textilfabrikanten haben auf ihrer Tagung in Chemnitz am 24. März, ihr Ausbeuterprogramm festgelegt und sich gegen den Achtstundentag das Washingtoner Abkommen in folgender Form gewandt:

„Die Textilindustriellen Sachsens und der ostthüringischen Spinnereien und Webereien sehen in einer erneuten reichsgesetzlichen Festlegung des Achtstundentages eine große Gefahr für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands . . . Der Verband steht daher nach wie vor auf dem Standpunkt, daß **die Ratifikation durch Deutschland nicht erfolgen darf.** Eine internationale Bindung in den Arbeitsmethoden würde die Gefahr einer **Abschnürung des deutschen Exports vergrößern.**"

Die Unternehmer in der Textilindustrie und in anderen Industrien sehen eben nur in der äußersten Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft, im Lohnabbau, in der unbegrenzten Arbeitszeitverlängerung, in Stillegung eines Teiles der Betriebe und Entlassungen den Ausweg aus der Krise. Die Arbeiter sollen die Opfer der Krise sein.

Der Textilarbeiterverband muß alle Kampfvorbereitungen treffen, um den Ansturm der Textilbarone wirkungsvoll abzuwehren. Der Verband muß gestärkt, die Unorganisierten müssen gewonnen und mit der Kommunistenhetze und der verderblichen Bekämpfung der Opposition muß Schluß gemacht werden.

Der Hauptvorstand des DTV. muß heute schon vom ADGB. fordern, daß er alles tut, um den Textilarbeitern im kommenden Kampfe beizustehen und mit der ganzen Macht des ADGB. den Kampf gegen das Unternehmertum aufzunehmen. **Nur dann, wenn von vornherein der Macht- und Kampfwille der Gewerkschaften zur geschlossenen Aktion gegen die Kapitalsoffensive zum Ausdruck kommt, werden alle Anstürme nicht nur der Textilunternehmer, sondern der gesamten Ausbeuterklasse an der organisierten kampfgewillten Front der Werktätigen abprallen.**

Parteinachrichten

Das Zentralkomitee gibt zum 1. Mai eine Maizeitung heraus, zweifarbig, gut illustriert, achtseitig, zum Verkaufspreis von 20 Pf. Betriebszellen, Straßenzellen, Ortsgruppen, Buchhandlungen erhalten die Zeitung bei direkter Bestellung gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages für 10 Pf. das Exemplar geliefert. Die Bestellungen sind zu richten an die Sterndruckerei G. m. b. H., Berlin-C. 54, Rosenthaler Str. 38. Wir fordern die Genossen auf, umgehend ihre Bestellungen aufzugeben.

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. **Grenadierstraße und Filialen**

Lina

Erzählung aus dem Leben eines Dienstmädchens

Von Hermynia Zur Mühlen

(4. Fortsetzung.)

Die arme Lina wurde immer verwirrter; die alte Dame bemerkte es: „Ich bin nicht verrückt, mein Kind," sagte sie beteuernd, „wenngleich meine Nachbarn es behaupten."

Lina versuchte zu lächeln; „Und die Stelle, gnädiges Fräulein?"

Fräulein Yvette legte das Zeugnis, das sie bisher in der Hand gehalten hatte, auf den Tisch.

„Eigentlich müßte ich Ihnen jetzt auch ein Zeugnis vorlegen, mein Kind, damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben, aber das ist leider noch nicht üblich. Schauen Sie mich also gut an und überlegen Sie, ob Sie mein Heim teilen wollen."

„Sie ist ja doch verrückt," dachte Lina. „Wer fragt ein Dienstmädchen, ob es das Heim seiner Herrschaft teilen will? Nein, es ist eine freundliche, wohltuende Verrücktheit."

„Wir haben drei Zimmer und eine Küche," fuhr Fräulein Yvette fort. „Die müßten Sie in Ordnung halten. Ich koche selbst und halte Ihnen auch im Haushalt, so gut mir das meine lieben Jahre gestatten. Der Lohn ist nicht hoch, zwanzig Mark im Monat, aber ich kann nicht mehr zahlen . . ."

„Es ist ganz genug," unterbrach sie Lina. „Bei der Frau Meister habe ich auch nicht mehr und da waren sechs Zimmer in Ordnung zu halten, und das Wohnzimmer hatte einen Parkettboden."

„Also abgemacht." Die alte Dame streckte Lina die kleine weiße Hand hin. „Ich hoffe, Sie werden sich bei mir wohlfühlen, mein Kind."

„Sie muß ja verrückt sein!" dachte Lina abermals. Dann fiel ihr die schwere Sorge ein, die sie stets bei den Majors bedrückt hatte, und sie fragte schüchtern: „Wenn ich etwas zerbreche, gnädiges Fräulein, muß ich dann . . . . . wird mir das vom Lohn . . . ."

Fräulein Yvette lachte.

„Ich nehme an, daß Sie nichts absichtlich zerbrechen?"

„Nein, o nein!"

„Weshalb sollte ich Sie dann für etwas strafen, das ebensogut mir zustoßen könnte? Wir werden ein gemeinsames Heim haben, meine Schüsseln und Teller gehören ebenso Ihnen wie mir; ich bin überzeugt, daß Sie auf Ihre eigenen Sachen achten werden."

Lina war in der Stadt tatsächlich nervös geworden. Die wenigen guten Worte genügten, um sie in Tränen ausbrechen zu lassen. Die alte Dame streichelte ihr beschwichtigend den Kopf: „Armer, kleiner Teufel!"

In Linas müdem, angstvollem Herzen erwachte ein frohes Gefühl; plötzlich fühlte sie sich stark und groß, wie draußen auf dem Felde, wenn sie das duftende Heu auf den Wagen hob. Und sie empfand, für diese alte Frau will ich gern arbeiten; es wird sein, als hülfe ich der Mutter daheim."

Die ehrbaren Nachbarn schüttelten den Kopf über Fräulein Yvette. Sie hatten ihr gern allerhand Ehrenrühriges nachgesagt; aber was kann man einer siebzigjährigen Frau vorwerfen, sogar wenn sie stets hübsch gekleidet ist und sich Löckchen brennt? Sie begnügten sich damit, über die „Französin" die Achsel zu zucken und zu tuscheln, sie müsse früher bestimmt einen leichtfertigen Lebenswandel geführt haben. Außerdem sei sie verrückt. Letzteres glaubte Lina, noch gebannt von der Erinnerung an die Majors, viele Wochen lang gemeinsam mit den Nachbarn. Ist denn eine Frau nicht verrückt, die das „Mädchenzimmer" genau so hübsch und wohnlich einrichtete, wie die eigene Schlafstube? Die die Mahlzeiten gemeinsam mit dem Mädchen einnimmt? Die das Mädchen behandelt wie ein eigenes Kind, darauf achtet, daß es sich nicht überarbeite, es bei schönem Wetter in den Park spazieren schickt, einerlei, ob sein freier Tag ist oder nicht?

Und wie seltsam die alte Dame daherredete; immer wieder erklärte sie, Lina habe ein Recht auf dies und auf jenes. Lina hatte bisher überhaupt nicht gewußt, daß sie Rechte habe.

Als sie eines Abends beide im Wohnzimmer saßen — in diesem seltsamen Heim mußte das Dienstmädchen nicht nach der Arbeit allein in seiner Stube hocken — wagte Lina die Frage: „Weshalb sind Sie so anders, als die anderen Leute, Fräulein Yvette?"

Die alte Dame wurde ernst. „Weil auch ich ein armes Mädchen war, mein Kind, Hunger und Elend und Not kannte. Ich weiß, wie einem zumute ist, wenn einem die Reichen behandeln, als sei man eine Maschine."

Lina blickte sie erstaunt an; sie lebten bescheiden, aber nicht dürftig. Und dennoch hatte Fräulein Yvette die Armut gekannt?

Die alte Dame erriet ihre Gedanken.

„Vor fünf Jahren starb ein Onkel von mir und hinterließ mir eine Lebensrente. Daher stammt all dies," und sie wies mit einer umfassenden Gebärde auf das Wohnzimmer. „Außerdem," und nun klang Stolz aus der alten Stimme, „habe ich eine Tradition aufrecht zu erhalten."

„Was haben Sie?" fragte Lina verblüfft.

Fräulein Yvette lachte. „Ich muß nach der Ueberzeugung meiner Ahnen leben. Nimm dort das kleine Bild von der Wand, dann will ich es dir erklären."

Lina holte einen alten goldgerahmten Stich herbei. Ein gewaltiger drohender grauer Bau ragte in schwarze Wolken hinein, und eine große Schar zerlumpter Männer stürmte mit Piken und Aexten bewaffnet gegen den Bau.

„Das ist die Eroberung der Bastille," erläuterte Fräulein Yvette. „Eines Gefängnisses, einer Zwingburg. Das Volk von Paris erstürmte sie, und mein Großvater kämpfte in der vorderten Reihe mit. Das war in der großen französischen Revolution."

In Linas Kopf begann es unklar zu dämmern, so etwas hatten sie doch auch in der Schule gelernt.

„Ach ja," sagte sie eifrig, ihres Wissens froh, „das war damals, als die bösen Menschen dem armen König und der armen Königin den Kopf abschlugen."

Fräulein Yvette warf ihr einen zornsprühenden Blick zu: „Du bist eine dumme Gans, mein Kind! Deinem armen König und seiner Frau ist es ganz recht geschehen. Weißt Du denn nicht, daß vor der Revolution die französischen Bauern Gras fressen mußten, wie das Vieh, um nicht zu verhungern? Weißt Du denn nicht, daß das Volk vom Hof und dem Adel ausgebeutet und unterdrückt wurde?"

„Nein, das hat uns der Lehrer nie erzählt."

Fräulein Yvette lachte grimmig. „Solche Dinge erzählen die Lehrer nie; sie stehen im Solde jener Leute, die die Nachfolger des Hofes und des Adels geworden sind. Aber auch deren Bastille wird erstürmt werden, Du wirst es noch erleben, Lina."

„Und was wird dann geschehen?" fragte das Mädchen mit großen Augen.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitersport

Turnspiele. Resultate vom 2., 3., 4. und 5. April. Rattball Mitglieder: Gittersee 1—Niederhäslich 1 2:8. Städtemannschaft Freital—Wien 6:8 (2:1). Wilschdorf 1—Pesterwitz 1 7:4. Freital—Wien 6:8 (2:1). Wilschdorf 1—Pesterwitz 1 7:4. Plauen 2—Cossebaude 1 13:1. — Jugend: Freital Städte—Dresden Städte 7:4 (5:1). Gittersee 1—Niederhäslich 1 3:1. Deuben 1—Chemnitz-Wittgensdorf 1 3:3. Döhlen 1—Birkigt 1 3:1. Gittersee 1—Jauckerode 1 12:2. Cotta 1—Fortschritt 1 7:4 (1:3). Schüler: Gittersee 1—Löbtau 1 4:0.

Rattball am 1. Feiertag. Freital Städtemannschaft—Wien Städtemannschaft 6:8. Halbzeit 2:1. Nach kurzer Begrüßung, in welcher engere Verbrüderung beider Länder zum Ausdruck gebracht wurde, eröffnet Wien mit großer Schnelligkeit, unterstützt mit Wind im Rücken, das mit Spannung erwartete internationale Treffen. Vom Anwurf weg haben sich die auswärtigen Gäste die Sympathie der 1500 Zuschauer erworben. Freital wird leicht bedrängt, Wien kommt zu zwei Ecken, welche nichts einbringen, ein guter Durchbruch bringt Freital durch Halblinks in 10 Minuten zum ersten Erfolg. Wien dadurch angefeuert, zieht kurz darauf unter tosendem Beifall gleich, kurz vor Halbzeit sichert sich Freital die Führung. Abwechslung bringen zur Halbzeit 4-mal-100-Meter-Staffeln, welche Deuben vor Döhlen und Rabenau nach Hause bringt. Nach der Pause beginnt das Spiel mit rasendem Tempo, blitzschnelle Läufe und hohe Sprünge halten die Zuschauer in Spannung, großer Beifall wird dem Wiener Torwächter bei seiner präzisen Abwehr gebracht, kann aber nicht verhindern, daß Freital die Torzahl auf sechs erhöht, welchen die Wiener nur noch 2 entgegenstellen. Unter Beifall wurde das große, für die Zuschauer momentreiche Spiel geschlossen. Freital in erster Halbzeit etwas nervös, findet sich in 2. Halbzeit besser. Wien sehr eifrig und schnell, auch im Mundwerk. Wiener Torhüter Klasse für sich. Vom Schiedsrichter machte man sich bessere Hoffnungen. R. Rost.

Freitaler Städtejugend—Dresdner Städtejugend 7:4 (5:1). Staffeln 4mal100 Sportler Deuben 1 51,9 Sportlerinnen. Staffeln 4mal100 Sportler Döhlen und Rabenau 1 53,2. Staffeln 4mal100 Deuben 1 1 Min. 4,2. Deuben 2 1 Min. 6,2.

Fußball-Sportberichte.

Gruppe 1—Sportklub Adler 08 Berlin-Pankow 1 4:6 (0:4).

Am 1. Osterfeiertag weilten die Berliner Sportgenossen in Gruppe. Am Vormittag unternahm man mit diesen einen Ausflug auf den nahen Borsberg. Mit Spannung erwartete man das Treffen zwischen diesen Beiden, zumal das Ergebnis vom Spiel DSB. bekannt war. Vom Anstoß an hatten die B. den Wind als Bundesgenossen, doch die Gr. hielten stand, und so wurde größtenteils Mittelfeldspiel gezeigt. In gleichen Abständen errangen die B. 4 Tore bis zur Halbzeit. Nach Halbzeit erhöhten die Berliner die Torzahl auf 6. Gruppe kommt gut durch und Halblinks sendet das erste Mal ein. Die Umstellung bei Gr. hat sich gut bewährt, kurze Zeit später errang DR. den 2. Treffer. Gr. Torhüter bekam reichlich Arbeit, doch erledigte er sich dieser gut. Die Berliner ließen merklich nach, und so sandte Gr. Mitte noch zweimal ein. Berlin gewann verdient und hatte in Gruppe auch einen achtbaren Gegner. — Gruppe 2—Lichtenhain 1 8:0. Gruppe 1—Eintracht 2 8:2. Reinhartsdorf 1—Gruppe 0:8. K. W.

Fußball-Vorschau. Sonnabend, den 10. April, nachmittags 5 Uhr auf dem Erfurter Platz: Spielvereinigung 02 1—Neustadt 1. Niemand versäume dieses Spiel.

Fußballsport.

Am Sonntag, den 11. April, finden folgende Spiele statt:

In der 1. Klasse: Im Jägerpark, 3 Uhr, 01—Cossmannsdorf. In Ischachwitz, 4 Uhr, Ischachwitz—Neustadt. Auf dem Erfurter Platz 4 Uhr, Pieschen—Heidenau.

Untere Klassen: Ausscheidungsspiele um die 2. Klasse: In Jauckerode, 11 Uhr, Wurgwitz—Meißen. In Schweinitz, 2 Uhr, Schweinitz—Kemel. In Röhrsdorf, 3 Uhr, Röhrsdorf—1885.

Weitere Spiele: In Gittersee, 3 Uhr, DSV15—Löbtau. In Klotzsche, 3 Uhr, Klotzsche—Rabenau. In Lockwitz, 3 Uhr, Lockwitz—Birkigt. Auf der Heptestraße, 1,30 Uhr, DSV3—Einigkeit 2. 10 Uhr DSV3—1885 2. DSV. 1. Jgd.—Neustadt 1. Jgd. — In Sörnewitz, 4,30 Uhr, Sörnewitz 1—Wilschdorf 1. 2 Uhr Sörnewitz AH.—Meißen AH.

Spielvereinigung 02. Sonnabend, den 10. April: Vollversammlung im Rest. „Stadt Dschaz", Eisenberger Straße 2. Beginn 7,30 Uhr.

Turnerschaft Striesen. Sonnabend, 10. April, abends 7 Uhr: Vierteljahresversammlung im Volkshaus-Ost. Vortrag des Gen. Edgar Hahnewald über „Ursprung der Arbeit".

Bootsfahrer 4. Kreis, 2. Bezirk. Am 11. April findet unser diesjähriges Anpaddeln von Obervogelgesang bis Meißen statt. Faltboote früh 7,10 Uhr ab Hauptb. 12 Uhr Treffen aller Boote in der Bucht von Pillnitz. 12,30 Uhr gemeinsame Abfahrt. Fahrteinteilung ab Pillnitz. Ruder-, Scharpe-, Falt- und Rundspantboote.

Schwimmverein „Pfeil". Am 9. April wichtige Mitgliederversammlung im Vereinslokal Wenmann. Anfang 8 Uhr. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hat jeder restlos zu erscheinen.

Der Sonderzug des Touristenvereins „Die Naturfreunde" in das Böhmische Mittelgebirge am 2. Mai d. J. hat reges Interesse hervorgerufen. Um die vielen Anfragen mit einemmal zu beantworten, erklären wir folgendes: Zur Mitfahrt ist uns ein jeder willkommen, der ein offenes Herz hat, die Schönheiten einer von der Natur bevorzugten Landschaft kennenzulernen. Die Meldung zur Teilnahme muß bis 8. April vorgenommen sein, da die Einzeichnungslisten zur Polizeibehörde, zum Ministerium und zur Regierung nach Prag wandern müssen. Wer sich nicht einzeichnet, kann unmöglich auf eine Fahrkarte rechnen, da mit der Einzeichnung die Einreiseerlaubnis erteilt ist. Der Zug wird frühzeitig Dresden-Hauptbahnhof verlassen und nur in Pirna halten, um bis Aussig durchzufahren. 14 Wanderungen unter kundiger Führung finden statt, damit jedweder Naturgenuß vermittelt werden kann. Anmeldung: Geschäftsstelle des Touristenvereins „Die Naturfreunde", Dresden-A., Ritzenbergstraße 4, Erdg. l.

Touristenverein „Die Naturfreunde", Ortsgr. Pirna. Freitag, 9. April, Berichte von den Wanderungen, 8 Uhr Vereinslokal. — Sonntag, 11. April, Tagestour: Königsteiner Hütten. Führer Albin Hamann. Abmarsch 7 Uhr Dohnaischer Platz.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Heidenau. Heute Donnerstag, am 8. April, 8 Uhr im Sportheim Uebungsabend.

Sporthaus Kluge, Dresden, Schäferstraße 19
(Geschäftsstelle des Arbeiter-Turnverlages, Leipzig, Fichtestraße 30)
liefert alle
Turn- und Sportbekleidung, Spielgeräte, die Bälle, Turn- und Sportliteratur, Plakate, Abzeichen

Arbeiter-Mandolinisten „Harmonie" Neustadt. Sonnabend, 10. April, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im „Görlitzer Garten", Görlitzer Straße. Es werden Berichte von der Gau- und Bundestagung gegeben.

Freier Sportverein 1921 Rengersdorf. Freitag, 9. April, 7,30 Uhr; Monatsversammlung im Restaurant „Aufbau".

Versammlungskalender

JSW. Gruppe Altstadt. Donnerstag, den 8. April: Gruppenabend in Diehners Restaurant, Freiberger Straße 35.

KJ. Johannstadt. Donnerstag, den 8. April, 7,30 Uhr: Gruppenabend im Restaurant Sommle, Hopfgartenstraße.

JSW. Neustadt-Ost. Alle Jungpioniere, die Gedichte für die Jugendfeier im Volkshaus erhalten haben, müssen sich am Freitag um 4 Uhr in „Stadt Braunschweig", Jakobsgasse, einfinden; unser Gruppenabend ist deshalb am Sonnabend um 5 Uhr im „Fichtenhof", Fichtenstraße.

KPD. Zellengruppe Dohna. Sonnabend, den 10. April, abends 7,30 Uhr: Mitgliederversammlung bei Franz Körner, Königstraße 2.

UB. Ebersbach. Sonnabend, den 10. April, abends 7,30 Uhr in „Stadt Leipzig", Ebersbach: UB.-Funktionärsitzung. Daran haben teilzunehmen: Mitglieder der AG.-Leitungen, Pol- und Org.-Leiter der Zellen- und Ortsgruppen, Kassierer, sowie sämtliche örtlichen Ressortvertreter, insbesondere Gewerkschaftsvertreter und Betriebsräte. Referent vom Bezirk erscheint bestimmt. Die AG.-Leiter sind verantwortlich für das Erscheinen der in ihrem AG. vorhandenen und in Frage kommenden Genossen und Genossinnen.

UB. Ebersbach. Gemeindevertreter-Konferenz am Sonntag, den 11. April, vorm. 9 Uhr im „Gasthof zum Stern", Löbau, Neumarkt. Alle im Bereich der Amtshauptmannschaft Löbau vorhandenen kommunistischen Gemeindevertreter haben daran teilzunehmen. Referent: Gen. Schreiter.

RFB.-Tambourzug Groß-Dresden. Freitag, 9. April, Spielleiterversammlung, 7 Uhr Jakobsgasse 15. Instrumente mitbringen.

RFB.-Tambourzug Freital. Sämtliche Pfeifer haben heute Donnerstag, den 8. April, in der Uebungsstunde 6,30 Uhr zu erscheinen. Die Tambours haben sich 7,30 Uhr einzufinden.

RFB. Wannewitz. Freitag, 9. April, abends 7,30 Uhr im Gasthof Wannewitz: Versammlung. Sympathisierende mitbringen.

RFB. und Jungfront Bautzen. Donnerstag, den 8. April, abends 7,30 Uhr in der „Klosterschänke" (Büttner): Mitgliederversammlung.

Gemeinschaft proletarischer **Freidenker Radebeul.** Freitag, 9. April, abends 7,30 Uhr Vortragsabend in der „Scharfen Ecke" Radebeul. Gäste willkommen.

Rote Hilfe Dresden-N., West, Pieschen. Freitag, 9. April, abends 7,30 Uhr Mitgliederversammlung. Ref. Gen. Werner: Erlebnisse in Sowjetrußland. Erscheinen ist Pflicht. Gäste willkommen. Die Ortsgruppenleitung.

Freidenker Seifhennersdorf. Sonnabend, den 10. April, abends 8 Uhr im kleinen Kronensaal: Mitgliederversammlung.

RFB. Gau Ostsachsen. Warnung! Der ehemalige Kamerad Morgenstern, Abt. 4 Neust.-Ost, ist wegen bundesschädigenden Verhaltens aus dem RFB. ausgeschlossen. Bei Auftauchen sind ihm die Ausweise abzunehmen.

Amtliche Bekanntmachungen

— Freital —

Freibank. Freitag, den 9. April, ab 8 Uhr vorm., findet Verkauf von Rindfleisch in rohem Zustand auf der Freibank im Stadtteil Potschappel (Hof des früheren Rathauses) statt. Preis pro Pfund —,60 Mk.

Rat der Stadt Freital, 8. April 1926.

Billigste Einkaufsquelle
in
Fahrrädern
neueste Modelle, alle Farben
Opel, Greifler
Näh-, Wringmaschinen
auf Teilzahlung
bei bequemen Raten
Eigene Fabrikation
Regenpelerinen, sämtliche Ersatz- und Zubehörteile
Alle Reparaturen sofort sauber und fachgemäß
in Werkstätten erster Firmen // // // Vernickeln und Emaillieren
Fahrradhaus Frisch auf
Könneritzstraße 17. Telephon Nummer 20977
Prima Material / Gewissenhafte Arbeit
Lagerbesichtigung ohne Kaufzwang erwünscht

Schuhbedarfsartikel- und Lederhandlung
Dresden-Altst., Augsburger, Ecke Jakobistraße
empfiehlt zu wieder sehr günstigen Preisen im
Ausschnitt feine echte Kernledersohlen
nach mitgebrachten Modellen, wodurch noch besonders verbilligt

Kluge Eheleute! Allesamt. Bed.-Art. f. Männer, Frauen, Säuglinge / Gummiwaren, Spülapp.
R. Freisleben, Dresden-A., Postplatz

JULIUS ARNOLD
FREITAL
Untere Dresdner Straße 94
Lederhandlung und Felleinkauf
Därme und Gewürze zum Hausschlachten

Abgabe nur an Mitglieder
Feinsten gemahlenen
Zucker
grobkörnigen Melis
Altsauer Erzeugnis
zu 30 Pfennig
je Pfund gibt ab in allen Verteilungsstellen
Konsumverein
Vorwärts

Theater am Wasaplatz
Allabendlich 8 Uhr:
Die von der Liebe leben
Sittenschauspiel in 4 Akten von Rodell
Jugendliche haben keinen Zutritt!

Tymians Das Thalia-Theater einzige wirkliche
Täglich 8 Uhr
Volkstheater Dresdens
Vorzugskarten außer Sonntags gültig

Im Liliengarten kehre ein,
Denn dort soll's recht gemütlich sein.
Wer Aerger hat und Gram, ermannt sich
Und geht nach
Lilliengasse fünfundzwanzig

Spalteholz & Bley
Gegr. 1865 Pillnitzer Str. 20 Fernspr. 12111
Spezialhaus für Farben, Lacke
Pinsel usw. // Kräutergewölbe

Maizeitung
Zum 1. Male gibt die Partei eine Maizeitung, zweifarbig, gut illustr., heraus.
Verkaufspreis 20 Pf.
An Kolporteure, Buchhandlungen, Betriebszellen, Ortsgruppen usw. wird die Zeitung für 10 Pf. abgegeben. Bestellungen nur gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages an die
Sterndruckerei G. m. b. H.
Berlin S. 54, Rosenthalerstr. 38
Der Versand beginnt am 12. April
Bestellt sofort!

Saatkartoffeln
vom Sandboden
zeitige: Kuckuck, rote Rosen, Kaiserkrone
mittelfrühe: Odenwälder Blaue, Goldball
späte: Industrie, Preußen, Upodate, Gracilia, Centifolia, Vater Rhein usw.
Speisekartoffeln
unsortiert 2.— M., sortiert 2.50 M., blaue und gelbe 3.— M. per Zentner
empfiehlt
Gustav Döring : Freital-Po.
am Bahnhof

Prima Rindfleisch
Pfund von 90 Pf. an
ff. Hammelfleisch
Schweinefleisch
Pfund von Mk 1.10 an
Kalbfleisch
Pfund von Mk. 1.10 an
Gewiegtes
Pfund von 90 Pf. an
Täglich von 5 Uhr an Warme Würstchen
Sämtliche Wurstwaren in bekannter Güte empfiehlt
Paul Müller, Pirna, Barbiergasse 2

Verkehrt bei den Inserenten der Arbeiterstimme

Tuchhaus Pörschel
Dresden-A., Schießgasse Nr. 10
Inhaber: Herm. Erler
Herrenstoffe, Kostümstoffe, Mantelstoffe, Sportstoffe, Futterstoffe, Manchester
Billard-, Pult- und Damentuche

WO? kaufen Sie billige Herren- und Damenstoffe
Tuchgeschäft
J. GRÜNBAUM
Dresden, Moltkestr. 13, Tel. 306